

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg Geschäftsführerin: Ingrid Schumann Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr Fernsprecher(04 61) 2 67 08 Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 3 52 49

Beitrag: 20 DM für Einzelmitglieder, 40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50) Spurkuse NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00) Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Gerd Walter</i> Aktive Minderheitenpolitik - ein Fundament des Friedens.....	3
<i>Jørn Buch und Artur Thomsen</i> Die nationalen Minderheiten an der deutsch-dänischen Grenze.....	6
<i>Gottfried Lorenz</i> Flensburg Avis - eine dänische Zeitung in Deutschland (Teil I).....	18
<i>Gerhard Hoch</i> Broweg - ein Straflager in Nordfriesland	32
Umschau ab Seite 47	

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie erscheinen vierteljährlich.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Jörn-Peter Leppien, Hedwig-Marggraff-Str. 21, 24955 Harrislee Artur
Thomsen (verantwortlich), Holstengang 4, 24937 Flensburg Redaktionsan-
schrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH - Am Sophienhof 9, 24941 Flens-
burg I huck: Harry Jung - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Aktive Minderheitenpolitik - ein Fundament des Friedens

von GERD WALTER *

Deutschland ist ein Staat geworden. Ein Volk sind die Deutschen noch lange nicht.

Die Diskussion um ein erneuertes Grundgesetz hätte ein Beitrag dazu sein können und sollen, Gräben zuschütten zu helfen, die uns in diesem Land trennen - ein Baustein einer erneuten Identität der Deutschen nach der Wende, für die im „Osten“, wo das System des Versorgungsstaates zusammengebrochen ist, aber auch für die im „Westen“, wo die Schatten der Wohlstandsgesellschaft länger werden.

Von alledem ist nur wenig übriggeblieben. Aus einem großen Projekt ist nun nicht viel mehr als ein parlamentarischer Routinefall geworden. Wenn ich trotzdem jetzt zum Thema „Minderheiten“ spreche, dann deswegen, weil ich die Hoffnung nicht aufgeben mag, über die Parteigrenzen hinweg Nachdenklichkeit zu erzeugen, die am Ende zu mehr führt als zu dem, was bisher in der Verfassungskommission (2/3)-mehrheitsfähig war.

Der jetzige Vorschlag der GVK (Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat) heißt: „Der Staat achtet die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten.“ Wir wollen darüber hinaus im Einklang mit der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein hinzufügen: „Er schützt und fördert Volksgruppen und nationale Minderheiten deutscher Staatsangehörigkeit.“ Ein entsprechender Antrag wird über die SPD-Bundestagsfraktion in die Beratungen eingebracht werden.

Dabei geht es um klar abgrenzbare Minderheiten und Volksgruppen mit deutscher Staatsangehörigkeit - wie die Dänen, Friesen, Sorben, Sinti und Roma. Diese Formulierung läßt aber auch die Entwicklung zu, daß auch die jüdische Bevölkerungsgruppe, sofern dort ein entsprechendes Minderheitenselbstverständnis besteht, miteinbezogen werden kann. Daß wir den Begriff der Volksgruppen besonders erwähnt wissen wollen, hat z.B. damit zu tun, daß sich die Friesen nicht als ethnische Minderheit, sondern als eine Volksgruppe betrachten.

Im Grenzland Schleswig-Holstein und im benachbarten Dänemark hat der Umgang mit Minderheiten eine lange Geschichte. Dabei ist aus bitteren Erfahrungen

* Rede des Europaministers der schleswig-holsteinischen Landesregierung vor dem Bundesrat am 17.12.1993

gen gute Nachbarschaft geworden. Heute gibt die schleswig-holsteinische Verfassung den Minderheiten und Volksgruppen einen eigenständigen kulturellen und politischen Rang, der geschützt und gefördert gehört. Wir haben erfahren, daß sich aktive (auch finanzielle) Förderung auszahlt. So sind z. B. die dänischen Schulen und Kindergärten in Schleswig-Holstein keine abgeschlossenen Reservate. Sie sind Stätten der Begegnung für deutsche und dänische Kinder, in denen kulturelle Identität bewahrt und zugleich Toleranz eingeübt wird.

Heute wissen wir: Die dänische Unterstützung für die deutsche Minderheit und die deutsche Unterstützung für die dänische Minderheit sind das Fundament für den Frieden im Grenzland.

Was sich dort so bewährt hat, kann für die Bundesrepublik Deutschland nicht falsch sein. Und übrigens auch nicht für Europa, das ohne aktive Minderheitenpolitik keinen Frieden finden wird. Ein verfassungsrechtlicher Schutz und Förderung von Minderheiten und Volksgruppen sind eine zentrale Voraussetzung, um Nationalitätenkonflikten, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu begegnen. Wollen wir wirklich darauf verzichten, das verfassungsrechtlich abzusichern, was politisch Erfolg und Modell zugleich geworden ist? Soll das neue Grundgesetz hinter das zurückfallen, was Länderverfassungen schon enthalten?

Wollen wir wirklich in Deutschland verfassungsrechtlich verweigern, was auf der anderen Seite manche hierzulande für die deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa so lautstark einfordern?

Wollen wir wirklich darauf verzichten, Europa und der Welt ein gutes Beispiel zu geben? Von der Kopenhagener Erklärung der KSZE 1990 bis zur Wiener Erklärung des Europa-Gipfels in diesem Jahr herrscht die Überzeugung: Achtung von nationalen Minderheiten muß sein, ihre Förderung ebenfalls - wir sollten nicht dahinter zurückfallen!

Außerdem: Das neue Grundgesetz sollte zumindest in diesem Punkt so modern sein, wie es eine alte deutsche Verfassung schon einmal gewesen ist. Schon die Paulskirchenverfassung von 1848 sah in § 188 vor:

„Den nicht Deutsch redenden Volksstämmen ist ihre volkstümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterricht, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege.“

Was wäre Deutschland, Europa und der Welt erspart geblieben, wenn dies schon damals Wirklichkeit geworden wäre. Und welches Signal gegen Ausländerhaß und Fremdenfeindlichkeit wäre es, wenn das neue Grundgesetz sich offensiv zu diesem Geist bekennen würde!

Gerade für Deutschland gilt der Satz:

„Sag mir, wie ein Land mit seinen Minderheiten umgeht, und ich sage Dir, was

für ein Land das ist.“

Die nationalen Minderheiten an der deutsch-dänischen Grenze

von JØRN BUCH und ARTUR THOMSEN

Im Februar 1994 veranstaltete die Europa-Union, Landesverband Schleswig-Holstein, in der Europäischen Akademie Leck eine Tagung unter dem Titel „Europäische Nachbarn treffen sich Am 12. Februar 1994 waren JØrn Buch, damals noch Vorsitzender des dänischen Grænseforening und Artur Thomsen als Vorsitzender des Grenzfriedensbundes gebeten, die Situation der Minderheiten aus ihrer Sicht darzulegen. Im folgenden werden beide Vorträge, in leicht überarbeiteter Fassung, wiedergegeben.

Beitrag von JØRN BUCH

Haben die Minderheiten eine Chance im zukünftigen Europa?

Es wird so lange Minderheiten in Europa geben, wie die Minderheiten es selbst wollen! Man betrachte nur Osteuropa und das dänisch-deutsche Grenzland: Viele haben geglaubt, daß die Minderheiten im dänisch-deutschen Grenzland schnell verschwinden würden, u. a. brachte der bekannte nordschleswigsche Volksführer H. P. Hanssen, Nørremølle, kurz nach der Wiedervereinigung im Jahre 1920 zum Ausdruck, daß wir der deutschen Minderheit nur die nötigen guten Bedingungen in Dänemark geben sollten, und sie würde schnell aussterben. Es hat sich gezeigt, daß er nicht recht behielt.

Ähnlich verhält es sich in Osteuropa. Trotz der beharrlichen Versuche der ehemaligen Sowjetunion, die nationalen Minderheiten zu unterdrücken, und trotz des Versuchs, einen neuen sowjetischen Menschen zu schaffen, homo sovieticus, ist dies selbst nach 75 Jahren kommunistischer Unterdrückung nicht gelungen. Heute erkennen alle, daß sich das nationale Bewußtsein als eine der stärksten Kräfte in der Normbildung eines Menschen erweist. Früher hat man nicht daran gezweifelt, daß das Nationale in einer übertriebenen Form, daß der Nationalismus im vorigen Jahrhundert die Hauptursache für viele Kriege und u. a. auch für den Ausbruch des 1. Weltkriegs war. Viele glaubten daher, daß man die Probleme Europas und die Konflikte durch die Änderung der nationalen Grenzen lösen könne. Als die USA in die Schlußphase des 1. Weltkriegs eintraten, brachte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson zum Ausdruck, daß der Krieg ohne einen Sieger beendet werden sollte und daß der kommende Frieden auf dem Prinzip des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“

beruhen solle. Wilson legte deshalb selbst ein großes konkretes Programm vor, das viele neue Staaten schaffen und viele Grenzen ändern sollte. Es sollten gerechte Grenzen zwischen Europas vielen Nationen entstehen.

Aber welches Ergebnis entstand? Die Friedensverträge in Versailles mit Deutschland, Saint Germain mit Österreich, Trianon mit Ungarn, Neuilly mit Bulgarien und in Sevres mit der Türkei erwiesen sich *alle* als ungerechte Friedensverträge, geprägt von Rache und gerade nicht vom Prinzip des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“.

Es gab nur einen Ort, an dem die schönen Ideale in die Wirklichkeit umgesetzt wurden. Das war im dänisch-deutschen Grenzland. Die dänisch-deutsche Grenze ist folglich die einzige Grenze von allen Grenzen der Welt, die das Ergebnis einer Volksabstimmung ist, der Verwirklichung des Prinzips des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“. Deshalb ist die dänisch-deutsche Grenze auch eine gerechte Grenze, die bewiesen hat, selbst unter schwierigen Umständen zu halten, wie z. B. während der Nazizeit in Deutschland und im Zusammenhang mit der Südschleswigschen Bewegung in den Jahren von 1945-48.

Nation, Staat und Demokratie

Der Nationalismus ist historisch gesehen neueren Datums, vom Anfang des 19. Jahrhunderts. Bis dahin wurden die Grenzen Europas von den familiären Bindungen und Interessen der Fürsten bestimmt, und nur in einigen wenigen Fällen paßten diese zur ethnischen Zugehörigkeit der Bevölkerung.

Aber mit der Bildung des nationalen Bewußtseins Anfang des 19. Jahrhunderts entstand gleichzeitig ein Verlangen nach freien und liberalen Verfassungen. Im dänisch-deutschen Grenzland waren es die Nationalliberalen in Dänemark, die eine Verfassung wünschten, die bis zur Eider gelten sollte. Die Deutschgesinnten wünschten eine Verfassung für Schleswig und Holstein, die dadurch weiterhin „ewich tosamende ungedeeft“ bleiben sollte.

Beide Parteien forderten eine Verfassung und damit Demokratie. Und beide Parteien forderten, daß die Demokratie für die Mitglieder der eigenen Nation gelten sollte. Man verlangte gerade nicht eine Verfassung, an der alle im Reich teilnehmen konnten, sondern nur für die Gebiete des Reiches, die eine nationale Gemeinschaft haben. Damit wurden Nation und Demokratie zwei nicht trennbare Größen, zwei Seiten der gleichen Sache! Eine demokratische Lösung für die Probleme der Minderheiten Europas muß heute deshalb gezwungenermaßen akzeptieren, daß die Minderheiten oder die nationalen Volksgruppen Grenzen fordern werden, die ihr Territorium sichern.

Eine europäische Gemeinschaft quer über die Grenzen hinweg setzt voraus, daß jede Nation mit sich selbst in Harmonie ist oder es gewesen ist! Deshalb

erleben wir in Europa während dieser Jahre zwei Richtungen: Einerseits die „alten“ und demokratischen Länder in Westeuropa, die zu einer supranationalen oder quer durch die Nationalitäten gehenden Gemeinschaft gehören, und andererseits Osteuropa, wo die vielen „neuen“ Nationen, die erst jetzt eine Demokratie erhalten, so daß sie nun endlich die Chance erhalten, ihre nationalen Hoffnungen und Zukunftsträume zu verwirklichen.

Aber Osteuropa muß erst jetzt in den 90ern seine nationalen Träume verwirklichen, in denen die Welt völlig anders ist als 1918/20. Deshalb wird der Umfang der nationalen Selbstbestimmung in großem Maße vom Maß der Demokratie abhängen - und umgekehrt!

Nation und Union

Als die jetzigen Staaten Europas geschaffen wurden, was nach dem 1. und dem 2. Weltkrieg geschah, herrschte bei allen ein ausgeprägtes Verständnis dafür, daß die Grenzen zwischen den Staaten nach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker gezogen werden sollten. Aber wie schon vorher erwähnt, entwickelte es sich leider nicht so. Der „Frieden des Hasses“, der das Ergebnis des 1. Weltkriegs war, war selbst einer der Faktoren für den 2. Weltkrieg. Aber das Verhalten Hitlers und Nazideutschlands machte es unmöglich, nach 1945 dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung zu folgen. Vielmehr wurden die Grenzen Europas nun nach machtpolitischen Gesichtspunkten festgelegt.

Erst mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa, der vor allem auf den Nationalismus zurückzuführen ist und dann auf den wirtschaftlichen Bankrott, ist die nationale Selbstbestimmung, „das Selbstbestimmungsrecht der Völker“, wieder auf die Tagesordnung gekommen. Das nationale Bewußtsein war nicht tot!

In Schleswig hat es sich erwiesen, daß auch die guten Verhältnisse für die nationalen Minderheiten es nicht haben beseitigen können.

Das nationale Bewußtsein, das Gefühl einer nationalen Zugehörigkeit, einer kulturellen Gemeinschaft und der historischen Tradition, die dazu beitragen, das Bewußtsein des einzelnen Individuums und sein Selbstverständnis zu schaffen, verschwindet nicht so einfach und läßt sich nicht so einfach ändern. Man wechselt ja nicht sein nationales Bewußtsein, wie man seine Hemden wechselt. Als der chinesische Vorsitzende Mao während der Kulturrevolution einmal aussprach, daß es ein Vorteil für die Chinesen sei, daß sie wie ein unbeschriebenes Blatt Papier seien, sollte es sich herausstellen, daß auch dies ein fürchterlicher Denkfehler war. Auch die Chinesen konnten vor ihrer Vergangenheit nicht fortlaufen - und wollten es auch überhaupt nicht! Die Haltung der Menschen läßt sich nicht ohne weiteres nach dem zufälligen Gutdünken des

Machthabers ändern. Unter normalen Umständen denken die meisten Menschen nicht über ihre nationale Identität nach. Dies geschieht nur, wenn sie herausgefordert werden. Dies geschah, was die Dänen betrifft, im Zusammenhang mit unseren nun insgesamt vier (!) Volksabstimmungen über unser Verhältnis zu der europäischen wirtschaftlichen Gemeinschaft oder mit dem, was nun als Europäische Union bezeichnet wird.

Wäre Dänemark 1961 Mitglied der EG geworden, wie es ursprünglich beabsichtigt war, wären keine Probleme entstanden. Aber wie bekannt, sagte de Gaulle „Nein“ zu Englands und damit auch Dänemarks Antrag auf Mitgliedschaft. Und als die EG endlich ihre Pforten öffnete, hatten wir mittlerweile die Jugendrevolte mit deren Auflehnung gegen die Autoritäten und Forderungen nach dezentralisierter Demokratie erlebt. Dies eröffnete eine Debatte über die EG in Dänemark und hierdurch auch über die Frage, dänisch zu sein, über die dänische nationale Identität.

In Dänemark besteht glücklicherweise die Möglichkeit, Volksabstimmungen durchzuführen, so daß das politische System nicht allein den Politikern und ihrer Regierung überlassen ist — oft über die Köpfe der Bevölkerung hinweg. Eine Volksabstimmung nimmt im Prinzip Rücksicht auf „das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und ist somit national und demokratisch. Und es hat sich ebenfalls gezeigt, daß die Franzosen eigentlich auch nicht von der europäischen Integration allzu angetan sind.

Entsprechend haben deutsche Meinungsumfragen gezeigt (weil die Deutschen es ja leider nicht wagen, die Bevölkerung über ihr eigenes Schicksal entscheiden zu lassen, wenn wesentliche Fragen auf der Tagesordnung stehen), daß in der deutschen Bevölkerung ein massiver Widerstand gegen die Europäische Union herrscht, der die deutsche nationale Identität schwächt. Die Debatte über die EU hat deshalb offenbart, daß das Nationale von daher nicht allein ein osteuropäisches Phänomen ist. Dies zeigt sich auch im großen Ausmaß in Westeuropa. Es gibt daher vielleicht Grund, davor zu warnen, den Unionszug zu schnell fahren zu lassen, schneller als das Bewußtsein der Wähler.

Liegen die Grenzen fest?

In Westeuropa ist man sich daher des Nationalen bewußt geworden in der Furcht vor zu schneller Integration. Dies führt nicht zu Konflikten zwischen den Staaten und Nationen, sondern nur zwischen den Nationen und der EU und vielleicht zu internen Spannungen in den einzelnen westeuropäischen Ländern. In Osteuropa ist es umgekehrt. Osteuropa hat seine nationalen Probleme von 1918-20 nicht lösen können. Es wurde unterdrückt und eingekesselt, und nun sehen wir die Ergebnisse. Der „Frieden des Hasses“ des 1. Weltkriegs hat heute die Basis für die vielen ungelösten Probleme geschaffen, die ihre Zeit

brauchen, um gelöst zu werden.

Osteuropa hat die Demokratie erhalten, die die wichtigste Voraussetzung für den Frieden ist, aber diese ist nicht ausreichend. Toleranz und Respekt vor anderen, Anerkennung nationaler Minderheiten innerhalb der Grenzen seines Landes erfordern Einsicht und Zeit. Und umgekehrt ist es nötig, daß sich die Minderheiten demokratisch und loyal gegenüber dem Staat und dem Mehrheitsvolk verhalten. Aber vor allem ist es eine wichtige Voraussetzung für den Frieden und die Demokratie, daß die Minderheiten und das Mehrheitsvolk akzeptieren, daß die Grenzen festliegen!

Im dänisch-deutschen Grenzland bestanden nach den Abstimmungen von 1920 längere Zeit Zweifel, ob die Grenze nun auch festlag. Die deutsche Minderheit forderte sofort nach den Abstimmungen von 1920 eine Grenzrevision, und Ende der 1930er forderte sie ganz Nordschleswig „heim ins Reich“. Umgekehrt gab es Kreise in Dänemark, die um jeden Preis die Rückkehr Flensburgs nach Dänemark forderten, unabhängig vom Ergebnis der Volksabstimmung.

1945 kamen von dänischer Seite aus neue Zweifel im Zusammenhang mit der Grenze auf. Die deutsche Minderheit hatte mit ihrer Loyalitätserklärung im November 1945 erklärt, daß die Grenze festläge. Aber Kreise in Dänemark und viele dänischgesinnte Südschleswiger wünschten eine Grenzrevision. Eine dänische Meinungsumfrage zeigte, daß 70 Prozent der Dänen eine Grenzrevision wünschten. Die Grenze lag also nicht fest. Aber die dänische Regierung hielt an der Grenze von 1920 fest und brachte dies deshalb schon im Mai 1945 und wieder im Oktober 1946 zum Ausdruck. Erst danach war die schlimmste Drohung gegen eine vorbereitete dänisch-deutsche Zusammenarbeit im Grenzland beseitigt. Aber in Osteuropa schuf der 1. Weltkrieg ja gerade „ungerechte Grenzen“ in dem Sinn, daß die westlichen Siegermächte die Grenzen nicht den nationalen Trennungslinien, d. h. dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, folgen ließen. Das Problem ist deshalb, daß man für viele Jahre immer noch bewaffnete Konflikte befürchten muß, weil keine Übereinstimmung zwischen Nation und Staat besteht, wie sich u. a. bei den ethnischen Säuberungen in Bosnien-Herzegovina zeigt. Heute müssen wir uns leider eingestehen, daß es nicht mehr möglich ist, für alle Nationen eine gerechte Lösung zu finden, die eine Übereinstimmung zwischen Staat und Nation sichert. Eine Voraussetzung für politische Stabilität sind sichere Grenzen, aber die Grenzen, die wir haben, haben nicht Rücksicht auf die Nationalitäten genommen. Das Recht des Stärkeren setzte sich durch, seine Forderungen nach „historischen Grenzen“ wurden verwirklicht. Und das historische Recht ist gefährlich, weil alle Länder auf Grenzen zeigen können, wo sie, historisch gesehen, das größte Territorium hatten. Dies schafft Konflikte.

Aber die Geschichte kann nicht geändert werden. Wichtig ist nur, daß kein Anspruch erhoben wird! Ein dauernder Frieden setzt deshalb voraus, daß wir

uns gemeinsam zur Geschichte bekennen. Wir dürfen sie nicht vergessen oder verstecken, aber wir müssen sie weiterentwickeln.

Der Mensch ist ja nicht nur ein rationales Individuum. Das ganz besondere am Menschen sind seine Gefühle. Deshalb handeln wir nicht immer vernünftig und passen uns an, sondern reagieren oft spontan und impulsiv auf die Umwelt. Dies gilt auch für das Nationale und auch für die Minderheiten. In Dänemark singen wir oft bei volkstümlichen Anlässen; und eines der Lieder von Grundtvig, welches wir oft singen, heißt „Liebe zum Vaterland“. Dies ist nicht eine Liebe, die nur uns Dänen unterstellt wird. Dies gilt für alle Nationalitäten, unabhängig davon, ob wir in einer Demokratie oder einer Diktatur leben.

Deshalb wird es immer nationale Minderheiten geben, solange sie es selbst wünschen!

Übersetzung: Nina Doege

I.

Den Begriff „Minderheiten“ können wir nach der Wiedervereinigung Deutschlands nicht mehr fast ausschließlich auf die Verhältnisse im deutsch-dänischen Grenzland beziehen, wie wir es vorher getan haben. Das Problem hat heute eine ganz andere Dimension. Wir haben heute ja neben den Friesen *noch* eine Volksgruppe in Deutschland, nämlich die Sorben, die sich nur auf sich selbst, auf ihre Sprache, Geschichte, Identität besinnen und beziehen können, nicht aber auf einen Nachbarstaat oder ein Muttervolk, in dem kulturell und materiell ständig neu aufgetankt werden kann.

Und wir haben als Deutsche heute ein viel umfassenderes Minderheitenproblem als in der alten BRD, seitdem z. B. jenseits der deutsch-polnischen, auch der deutsch-tschechischen Grenze sich Menschen auf ihre deutsche Abstammung besinnen, die sie in den Jahrzehnten seit 1945 nicht oder höchstens privat artikulieren konnten. Jetzt wollen sie wieder Anschluß finden an die Sprache und Kultur ihrer Vorfahren und des Landes, dem sie sich verbunden fühlen.

Ob ich *die* deutsche Sicht hier erläutern kann, weiß ich nicht. Ich bezweifle es; denn es wird wohl nur meine persönliche Ansicht und Meinung sein, die ich vortrage. Wenn das dann *eine* deutsche Sicht ist, weil ich ein Deutscher bin, dann ist es gut. - Bei der Behandlung des Themas bewege ich mich natürlich hauptsächlich auf dem heimischen Terrain, nämlich bei den Deutschen in Dänemark, den Dänen und den Friesen in Deutschland.

II.

Die Friesen sind von der Grenzziehung von 1920 praktisch nicht betroffen. Sie lebten vorher und nachher bis heute auf der deutschen Seite. Ihr Siedlungsgebiet endete nach Norden immer etwa dort, wo heute die Grenze verläuft. Friesen gibt es in der Marsch Nordfrieslands, am Geestrand und auf den vorgelagerten Inseln, also auf Sylt, Föhr und Amrum und auf den Halligen; ca. 10.000 von ihnen sprechen noch friesisch, in verschiedenen Dialekten zwar, aber doch erkennbar einheitlich. Sie sind in zwei Schüben im 8. und im 10./11. Jahrhundert aus dem Holländischen hierhergekommen und haben also über rund 1.000 Jahre ihre Eigenart und Besonderheit bewahrt. Friese zu sein, das war immer etwas Gutes, Vorzeigbares, Rechtschaffenes, also positiv besetzt; und so hat sich über die Zeiten ein Bild von Menschen erhalten, die dem Meer trotzen und gegen das Meer um ihre Existenz kämpfen und die ihre Freiheit über alles stellen, also sich keiner Fürstenherrschaft unterwerfen wollen. „Lewer dot as Slav!“ (Lieber tot als Sklave!) gilt immer noch als Markenzeichen eines stolzen

Volkes. Auf neuhochdeutsch heißt das: Es hat Prestigewert, ein Friese zu sein bzw. sich Friese nennen zu können. Seit Jahrzehnten sind die Friesen leider in zwei Gruppen geteilt, in eine größere, die sich friesisch bekennt, aber als Teil des deutschen Volkes empfindet, und in eine kleinere Gruppe, die ein eigenständiges Volk sein will und sich als „nationale Friesen“ politisch von der Partei der dänischen Minderheit vertreten läßt.

Ich halte die Trennung in deutsch und dänisch für bedauerlich, weil ich denke, daß eine so kleine Volksgruppe sich Zersplitterung nicht leisten kann, ohne die Gefahr der Selbstaufgabe heraufzubeschwören. Darum bin ich sehr zufrieden, daß das Nordfriesische Institut in Bredstedt, das ja mit Landesmitteln stark gefördert wird, friesische Tradition, Sprache, Kultur und Identität vertritt und verbreitet, ohne zwischen deutsch und dänisch zu unterscheiden. Auf diesem Wege weiterzugehen, kann man den Friesen nur empfehlen. Die nationale Auseinandersetzung zwischen deutsch und dänisch hier im Grenzland ist eine Sache *dieser* beiden Völker, nicht der friesischen Volksgruppe. Es ist auch, scheint mir, eine fast akademische Frage, ob die Friesen ein Volk oder ein deutscher Volksstamm sind, solange es denn ungehindert möglich ist, sich auf friesische Traditionen zu berufen und danach zu leben. Das allerdings muß garantiert sein und verdient staatliche Förderung; und die wiederum hätte die bestmögliche Wirkung, wenn im politischen Raum Unterschiede überwunden würden.

Ob es das Friesische oder die Friesen in hundert Jahren noch gibt, weiß ich nicht. Entscheidend dafür wird nicht sein, wie viele Rundfunksendungen oder Unterrichtsstunden oder Schriften des Bredstedter Instituts finanziert werden, sondern allein der Wille der Friesen selbst, ihre Eigenart zu bewahren. Sendungen, Stunden, Vorträge und Bücher sind eine wichtige Hilfe, aber sie unterstützen nur, sie retten das Friesische nicht, wenn nicht Menschen in ihrem Alltag und im Umgang miteinander friesisch leben wollen. - Und das gilt übertragen für alle Minderheiten.

III.

Nun zur deutschen Minderheit in Dänemark: Sie ist ja wie die dänische Minderheit in Deutschland durch die Grenzziehung von 1920 entstanden. Die Auseinandersetzung darüber, ob die Grenze eigentlich da richtig liegt, wo sie verläuft, ist müßig geworden und inzwischen verstummt. Wir wissen noch, daß beide Seiten sich jahrzehntelang nicht mit ihrem Verlauf abfinden wollten. Die Deutschen hätten sie noch bis in den Zweiten Weltkrieg hinein am liebsten weiter nach Norden verschoben, die Dänen haben noch *nach* dem Krieg davon geträumt, sie könnte weiter nach Süden, am liebsten bis an die Eider verlegt werden. Davon redet heute kein vernünftiger Mensch mehr, im Gegenteil: Der Verlauf der Grenze hat sich als richtig erwiesen; beide Seiten sehen das nicht

nur ein, sondern bekennen sich dazu. Und je mehr die Grenze im Zuge der europäischen Entwicklung ihren trennenden Charakter verliert, desto gelassener leben wir hüben und drüben mit ihr.

Die Deutschen drüben sind eine Volksgruppe von 18-20.000 Menschen, die sich vielfältig organisiert haben. Es gibt deutsche Organisationen und Vereine aller Art, deutsche Schulen, eine deutsche Bücherei und über allem die Schleswigsche Partei und den Bund deutscher Nordschleswiger. Den Draht zum dänischen Folketing und zur Regierung in Kopenhagen knüpft täglich neu das Deutsche Sekretariat in der dänischen Hauptstadt. Kommunalpolitisch sind die Deutschen in etlichen Gemeindevertretungen und auch im Amtsrat (=Kreistag) präsent.

Diese wenigen Auskünfte genügen sicherlich, um die Situation der Deutschen in Dänemark wenigstens flüchtig, aber doch hoffentlich auch richtig anzudeuten. Wie aber ist das Verhältnis der deutschen Minderheit zur dänischen Mehrheit? Die Deutschen selbst haben ihre Loyalität als dänische Staatsbürger bekundet und wollen mit ihrer politischen Mitarbeit nicht nur ihre deutsche Existenz sichern, sondern das gesellschaftliche Leben in ihrer Heimat mitgestalten. Von der Mehrzahl der Dänen, gerade auch von solchen, die politische Verantwortung tragen, werden sie dabei als Partner akzeptiert. Es gibt jedoch auch Vorbehalte Deutschland und den Deutschen gegenüber, die immer noch die Einstellung vieler Dänen prägen. Der Krieg von 1864 hat bis heute viel Bitterkeit hinterlassen, und die Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen 1940-45 ist den Alten im Lande noch heute in lebhafter und böser Erinnerung. Das Deutschenbild, das dänischen Kindern vermittelt wird, ist also vielfach nicht besonders freundlich; und wir müssen das wohl verstehen. Die Deutschen in Nordschleswig begegnen dem immer wieder einmal. Es ändert sich nur sehr langsam. Wir können dagegen nur das geduldige Bemühen setzen, im alltäglichen Umgang mit unseren Nachbarn ein anderes, besseres Bild von uns abzugeben. Die deutsche Minderheit in Dänemark tut das; das ist mein fester Eindruck. Und wir in Deutschland sollten ihr dabei helfen.

Wie steht es mit den Zukunftsaussichten der Deutschen drüben? Die räumliche Nähe zu Deutschland, die ideelle und materielle Hilfe, die von hier kommt, und die vielfältigen Kontakte zu Verbänden und Personen hier unterstützen und stärken natürlich die deutsche Minderheit. Das Abwandern vieler junger Leute, die aus Berufs- oder Ausbildungsgründen Nordschleswig verlassen und nicht wiederkommen, schwächt dagegen die Substanz. Und die weltoffene Unbefangenheit gerade vieler junger Menschen, die gar nicht mehr recht verstehen, wozu ein nationales Bekenntnis denn gut sein soll, läßt für die Zukunft eher vermuten, daß zumindest der *frühere* Zusammenhalt eines angestammten Deutschtums an Bindekraft verliert.

Fragen wir also wie bei den Friesen: Wird es in hundert Jahren noch eine nen-

nenswerte Gruppe von dänischen Staatsbürgern geben, die sich zum Deutschsein bekennen und deutsch zu leben wünschen, was immer sie darunter verstehen? Ich weiß auch das nicht; aber ich weiß wohl, daß sie, solange sie das wünschen, Anspruch auf unsere Hilfe haben. Gleichzeitig denke ich aber, daß Aktivität von *ihnen* ausgehen muß. Eine Minderheit behauptet sich selbst, oder sie geht unter. Ihre eigene Kraft, ihr eigener Wille entscheiden über ihre Zukunft.

IV.

Und nun zur dänischen Minderheit in Deutschland. Ihr werden etwa 40-50.000 Menschen zugerechnet, die - mit wenigen Ausnahmen - im Landesteil Schleswig leben, fast die Hälfte allein in der Stadt Flensburg. Hier machen sie etwa 20 Prozent der Bevölkerung aus. In den Weimarer Jahren und unter dem politischen Druck der NS-Zeit ging die Zahl der Angehörigen der dänischen Minderheit zunächst zurück, explodierte dann geradezu nach 1945, war seit den 50er Jahren wieder rückläufig und hat sich nun seit einiger Zeit konsolidiert mit leichtem Aufwärtstrend. Auch die dänische Volksgruppe ist wie die deutsche drüben vielfältig organisiert; es gibt zahlreiche Vereine und Verbände, politisch, kulturell, kirchlich, sportlich, auf Jugend- und Altenarbeit ausgerichtet. Die Dänen hier haben eigene Schulen und Kirchen, eigene Jugendeinrichtungen und Altenheime, eigene Sportplätze usw. Die eigene politische Partei, der SSW, ist in vielen Gemeindeparlamenten, mehreren Kreistagen, in der Ratsversammlung der Stadt Flensburg und im Landtag präsent; und über aller dänischer Arbeit steht als Dachorganisation Sydslesvigs Forening (SSF), wo Minderheitenpolitik gemacht und koordiniert wird.

Wie geht es der Minderheit nun in der deutschen Mehrheitsgesellschaft? Mit einer Schulnote könnte man sagen im ganzen gut. Es gibt im allgemeinen keine Vorbehalte mehr gegen Bekannte, Nachbarn und Freunde, die sich dänisch bekennen. Ausnahmen bestätigen die Regel. Das Dänemarkbild der Deutschen ist überwiegend freundlich. Ihren geliebten Danebrog können die Dänen ungehindert zeigen; und sie tun das gern und oft. Dennoch: In den Köpfen mancher, meist konservativer Deutscher, sind immer noch Reste eines m. E. überholten nationalen, um nicht zu sagen nationalistischen Denkens, das ganz plötzlich einmal evident werden kann, wenn es darum geht, deutsche Positionen in z. B. historischen Fragen zu verteidigen. Sichtbar wird diese Einstellung auch immer wieder einmal in Gemeindevertretungen, wenn es darum geht, Zuschüsse für dänische Gruppen zu bewilligen. Aber es gibt auch noch manche Skepsis von Minderheitenangehörigen allem Deutschen gegenüber. Das löst sich nur sehr langsam auf. Alle Gutwilligen sollten ihr Teil dazu beitragen.

Die Zukunftsaussichten sind für die dänische Volksgruppe vermutlich noch am besten; und das liegt an ihrer schieren Größe. Natürlich ist sie den gleichen

Entwicklungsprozessen ausgesetzt wie die anderen Minderheiten, d. h. diesem Ausfransen an den Rändern, weil man nicht mehr in der Bedrängnis von außen fest zusammenstehen muß. Auch das Abwandern junger Leute in die Ballungsgebiete trifft die dänische Minderheit wie die deutsche; und auch das nationale Bekenntnis verliert für junge Dänen ebenso an Gewicht wie für Deutsche drüben. Der Abschmelzungsprozeß durch die Zeitläufte ist also gleich schwer zu bremsen und umzukehren. Nur ist bei der dänischen Minderheit mehr Masse; und deshalb dauert es auf jeden Fall länger.

Auf lange Sicht jedoch hängt das Überleben wie bei allen Minderheiten davon ab, ob die Menschen das wirklich wollen und welchen Einsatz sie dafür leisten. Und damit, scheint mir, sieht es bei der dänischen Minderheit gar nicht schlecht aus.

V.

Die anderen Minderheiten an den deutschen Grenzen und im übrigen Europa konnten hier, wie angekündigt, nicht behandelt werden. Zu dem grundsätzlichen Problem aber, was eigentlich aus *den* nationalen Minderheiten im zukünftigen Europa werden soll, möchte ich gern ein paar abschließende Gedanken äußern. Da wächst nun ein Koloß heran von 350 oder mehr Millionen Menschen, gegliedert in 12, bald vielleicht 15 oder mehr Staaten; und in diesem Riesengebilde wollen kleine Gruppen von 10.000 oder 100.000 Leuten ein erkennbares Eigenleben bewahren?! Das ist doch eigentlich utopisch. Wenn schon die kleinen Völker wie z.B. die 5 Mill. Dänen fürchten, ihre Identität in einem europäischen Einheitsbrei zu verlieren, wie sollen da Minderheiten sich eine Chance ausrechnen? Und doch, so widersprüchlich das klingen mag: Gerade darin liegt eine Chance. Es ist ja kein Zufall, daß parallel zum Entstehen der großen staatlichen und überstaatlichen Einheiten regionale Besonderheiten stärker hervorgekehrt werden; ein Prozeß der Regionalisierung ist unübersehbar, überall in Europa. Das mag mit dem Bedürfnis des Menschen Zusammenhängen, in einer vertrauten Umwelt zu leben, in der er sich anerkennt und die ihm deshalb nicht Angst macht. Die großen Einheiten haben etwas Fremdes, Bedrohliches; die engere Heimat mit ihrer landschaftlichen, kulturellen und sprachlichen Besonderheit vermittelt Sicherheit. Daraus resultiert der Wunsch, die regionale Umgebung in ihrer Einmaligkeit zu erhalten und nicht in der anonymen, größeren Einheit spurlos verschwinden zu lassen. Dieser Wunsch wird zur politischen Kraft, und er setzt gewaltige Energien frei, wie man in vielen Gegenden Europas sehen kann. Das vereinte Europa ist also gut beraten, wenn es diese Kräfte nicht bekämpft und niederzuhalten versucht, sondern aufnimmt, pflegt und fördert. Das ist friedlicher, menschenfreundlicher und auch billiger als jeder Unterdrückungsversuch. Diese Einsicht muß vielleicht noch wachsen; aber sie ist auf gutem Wege.

Je mehr ein Staat seine Minderheiten kurz hält, bedrängt, unterdrückt, desto mehr werden diese auf Autonomie, Unabhängigkeit, Trennung von diesem Staat aus sein. Also müssen Staaten im Interesse des inneren Friedens ihren Minderheiten Freiraum für ihr Eigenleben schaffen und dies garantieren; erst dann gibt es Ruhe. Schleswig-Holstein hat den Minderheitenrechten schon Verfassungsrang gegeben. Wir sollten uns dafür einsetzen, daß das bald auch im Grundgesetz der BRD geschieht. Egon Bahr hat vollständig recht, wenn er die Minderheitenrechte als Schlüssel für internationale Stabilität und Sicherheit bezeichnet und darum eine Minderheitencharta fordert, die alle europäischen Staaten und Europa selbst zur Einhaltung dieser Rechte verpflichtet. Ich freue mich, daß die Europa-Union diese Gedanken teilt und ihrerseits unterstützt.

Flensburg Avis - eine dänische Zeitung in Deutschland

Beobachtungen eines Lesers aus dem Hamburger Umland 1988 bis
1993 Teil I

von *GOTTFRIED LORENZ*

1. Selbstverständnis der Zeitung

Kaum jemand im deutsch-dänischen Grenzgebiet wird daran Zweifel haben, daß Flensburg Avis die Zeitung der dänischen Minderheit in Deutschland ist. Und dennoch entspricht dies nicht ganz dem Selbstverständnis dieser Zeitung, lautet doch der Titel des Blattes „Flensburg Avis“ und darunter, in roten Lettern, „i hele grænselandet“ (im ganzen Grenzland). Schon aus dem Zeitungskopf also folgt, daß sich Flensburg Avis als dänische Tageszeitung im und für das gesamte ehemalige Herzogtum Schleswig versteht. Auch das Impressum weist auf die gesamtschleswigsche Konzeption hin: Unter dem Zeitungsnamen „Flensburg Avis“ erscheinen die Titel der in dieser Zeitung aufgegangenen Blätter, nämlich: Aabenraa Avis, Vestslesvigs Tidende, Südschleswigsche Heimatzeitung (SHZ), Der Schleswiger.¹

2. Gliederung der Zeitung

Das Schwergewicht der Arbeit von Flensburg Avis aber liegt südlich der deutsch-dänischen Grenze, wofür letztlich sowohl der Zeitungsname „Flensburg“ Avis als auch die Tatsache steht, daß etwa 25 Prozent der Zeitung in deutscher Sprache erscheinen. In diesem Sinne ist Flensburg Avis vor allem eine Zeitung für die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig, ein Sprachrohr dieser Minderheit, ihrer unterschiedlichen Institutionen, Organisationen und Vereine, ihrer Mandatsträger und Funktionäre und einer Reihe schreibfreudiger Einzelpersonen. Und so ist Nils Vollertsen zu folgen, wenn er die Meinung vertritt, daß Flensburg Avis in weitem Umfang der Ort der aktuellen Diskussion in der Minderheit sei.

Speziell Südschleswig Vorbehalten sind in Flensburg Avis 1. die täglich erscheinende Seite unter der Überschrift „Sydslesvig“ (zumeist S. 3) - sie dient u. a. der Diskussion grundsätzlicher Positionen der Minderheit, bringt Berichte über Parteitage des SSW und wichtige Veranstaltungen der großen Minderheitenorganisationen, aber auch über weniger zentrale Ereignisse im Landesteil Schleswig

2. die Seite „Flensburg“ (zumeist S. 5) mit Lokalberichten, 3. die Seite(n) „Kyst til kyst“ mit Regionalberichten aus den Redaktionen in Schleswig, Niebüll und Husum sowie - im deutschsprachigen Teil - in beträchtlichem Umfang 4. der Sportteil und 5. die zwei oder drei Seiten unter den Bezeichnungen „Flensburg“ und „Von Küste zu Küste“. Diese Seiten werden ebenfalls von den Redaktionen in Schleswig, Niebüll, Husum gestaltet und geben - wie die dänischsprachigen Entsprechungen - einerseits einen breiten Überblick über die Aktivitäten innerhalb der Minderheit und deren Vereinen, andererseits informieren sie über die allgemeine Lokalpolitik - allerdings in nicht unerheblichem Umfang nur unter dem besonderen Blickwinkel der Interessen der Minderheit. Doch auch die Titelseite des dänisch- resp. deutschsprachigen Teils und die zweite Seite mit Leitartikeln, Kommentaren und Leserbriefen sind vielfach südschleswigschen Themen vorbehalten.

Generell fällt bei allen die Minderheit betreffenden Beiträgen eine gewisse Zentrierung auf Flensburg auf, was sich aus der geographischen Verteilung der Minderheit ergibt, aus der Hauptstadtfunktion Flensburgs für die Minderheit und aus der emotionalen Bindung der Minderheit an diese Stadt seit dem Abstimmungskampf 1920, so daß man auf Grund der alljährlichen Veröffentlichungen in Flensburg Avis am Jahrestag der Abstimmung in der 2. Abstimmungszone oder derjenigen der neuen Grenzziehung fast von einem „Flensburg-Mythos“ sprechen kann.

Was die Gewichtung des dänisch- resp. deutschsprachigen Teils der Zeitung anbelangt, ist einerseits zu konstatieren, daß üblicherweise die schwerergewichtigen Beiträge aus Politik, Kultur und aus der Geschichte des Grenzlandes im dänischsprachigen Teil erscheinen, andererseits aber werden Positionsbestimmungen von SSW und SSF oder Erklärungen des Landtagsabgeordneten Meyer in beiden Teilen der Zeitung veröffentlicht, wobei mir aufgefallen ist, daß bisweilen der deutsche Text gegenüber der dänischen Vorlage in Passagen, die sich kritisch mit dem Herbergsstaat befassen, entschärft worden ist; will man also die tatsächliche Position der Minderheitenorganisationen oder von deren Vertretern kennenlernen, ist es unerlässlich, sich mit den dänischen Texten zu beschäftigen⁵. Nicht richtig ist Vollertsens Mitteilung⁶, daß in Flensburg Avis die politischen Themen in deutscher Sprache abgehandelt würden, die kulturellen Beiträge und die Berichte aus der Minderheit dagegen auf dänisch.

Als dänische zweisprachige Tageszeitung, die in Deutschland erscheint und deutsche Staatsbürger - solche dänischer Gesinnung - als Zielgruppe hat, befaßt sich Flensburg Avis - vor allem auch im dänischsprachigen Teil - mit allen Facetten der deutschen Bundespolitik und mit der Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Politik und Wirtschaft in Dänemark als Themen der Zeitung treten

dagegen zumeist an die zweite Stelle.

Insgesamt gesehen bietet Flensburg Avis für eine Regionalzeitung erstaunlich umfassende Informationen über politische und wirtschaftliche Vorgänge in zwei europäischen Staaten, über aktuelle europäische Vorgänge und international wichtige Ereignisse.

3. Flensburg Avis und SSF

Nils Vollertsen ist nur bedingt zu folgen, wenn er sagt⁷, daß der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) überall in Flensburg Avis sichtbar sei, daß die Leitartikel in Fragen, zu denen der SSW als Regionalpartei programmatisch Stellung nimmt, SSW-orientiert seien. Eine engere Verbindung von SSW und Flensburg Avis ergibt sich aus dem Wählerstamm des SSW, der trotz des propagierten Selbstverständnisses und des - in der Minderheit nicht unumstrittenen - Wunsches, eine schleswigsche Regionalpartei zu sein, derzeit noch in der dänischen Minderheit zu suchen ist. Aber abgesehen von Wahlkampfzeiten oder im Umkreis von Landesparteitagen des SSW, während derer die Berichterstattung auf den SSW und dessen Kandidaten zentriert ist, stehen andere Institutionen und Organisationen der Minderheit im Vordergrund des Interesses der Zeitung, vor allem der Südschleswigsche Verein/Sydslesvigsk Forening (SSF); SSF gestaltet darüber hinaus einmal wöchentlich, donnerstags, eigenverantwortlich eine Doppelseite unter der Bezeichnung (großgedruckt) „SSF's medlemside“ und (kleiner gedruckt) „Die SSF-Mitgliederseite Kontakt“. Die Artikel dieser Seiten sind in der Regel dänisch-, nicht selten aber auch deutsch- und gelegentlich friesischsprachig. Mit den beiden Mitgliederseiten ist die Berührung von Minderheitenorganisation und Zeitung am engsten.

Die Donnerstagsausgabe von Flensburg Avis, die nach Vollertsen eine Auflage von 19.000 Exemplaren hat, ohne daß er die Gründe hierfür nennt, wird allen SSF-Mitgliedern unentgeltlich zugestellt (die Kosten sind im Mitgliedsbeitrag enthalten), womit - Vollertsen zufolge - die Zeitung nahezu die gesamte Minderheit erreicht - ein kühner Schluß, wenn auch vordergründig für die Donnerstage nachvollziehbar, bedenkt man die Auflagen an den fünf übrigen Tagen.

4. Die politische Richtung von Flensburg Avis

Vollertsens dreiunddreißig Zeilen umfassende Information über Flensburg Avis enthält noch eine weitere Behauptung, die kritisch zu sehen ist. Seiner Ansicht nach verfolgt Flensburg Avis im dänischsprachigen Teil bei Themen, zu denen der SSW nicht programmatisch Stellung nimmt, eine bürgerliche Linie, während diejenige des deutschsprachigen Teils eher sozialdemokratisch geprägt sei, ge-

treu der von 1948 bis 1974 erschienenen deutschsprachigen sozialdemokratisch orientierten dänischen Tageszeitung „Südschleswigsche Heimatzeitung“.

Diese Beschreibung der politischen Haltung der Zeitung ist für mich nicht nachvollziehbar, ist sie doch einerseits nichtssagend - was bedeutet konkret „bürgerliche Linie“ -, andererseits von der Sache her nicht bestimmbar, denn im deutschsprachigen Teil von Flensburg Avis gibt es kaum Gelegenheit, eine spezifisch politische Haltung deutlich werden zu lassen.

Der Weihnachten 1990 verstorbene Chefredakteur Paul Weede vertrat in seinen Leitartikeln zu Themen außerhalb reiner Minderheiteninteressen eine sozialliberale Tendenz, allerdings mit antieuropäischem Einschlag. Diese europakritische, ja bisweilen europafeindliche Haltung des Chefredakteurs und der Zeitung wurde vom Landtagsabgeordneten K. O. Meyer in zahlreichen Artikeln unterstützt. Weedes Nachfolger Bjarne Lønborg hat dagegen eine europafreundliche Einstellung, seine Haltung in Leitartikeln kann - weitgehend - als liberal bezeichnet werden. Im übrigen gilt, daß führende Vertreter der Minderheit - abgesehen von ihrem Engagement im SSW - eher der SPD und den Grünen als FDP oder CDU zuneigen und daß diese Haltung auch in ihren Äußerungen und ihren Beiträgen für Flensburg Avis deutlich wird.

5. Die Haltung von Flensburg Avis zu speziellen Themenbereichen

Die bisherigen Ausführungen haben das nicht unbedeutende Gewicht der Regionalberichterstattung in Flensburg Avis konstatiert. Die Zeitung kommt damit vermutlich der Zusammensetzung und den Interessen ihrer Leserschaft namentlich in den Orten, in denen die Minderheit durch den SSW im Gemeindeparlament vertreten oder an der Gemeindepolitik in führender Position beteiligt ist, entgegen; im folgenden aber soll auf diese lokale Berichterstattung nicht weiter eingegangen werden, weil sie zu speziell und zu wenig aussagekräftig ist. Ich möchte statt dessen auf die Themen der Zeitungsseiten und Rubriken eingehen, die sich generell mit der Minderheitenposition befassen. Herangezogen worden sind also insbesondere die zweite Seite mit ihren Leitartikeln, Kommentaren, Diskussionsbeiträgen („Synspunkt“) und Leserbriefen⁸, die „Krønik“-Bei träge, die „Sydslesvig“-Seite sowie die Sonderseiten unter Titeln wie „Baggrund“ (Hintergrund), „Reportage“, „Interview“.

5. 1 Geschichte

Nimmt man Flensburg Avis als Maßstab, zeichnet die dänische Minderheit ein hohes historisches Bewußtsein aus. Neben die Beschäftigung mit aktuellen Themen tritt nahezu gleichberechtigt die stete Hinwendung zu der geschichtlichen

Entwicklung auf dem Territorium des ehemaligen Herzogtums Schleswig zwischen 1848 und 1955. Alle Jahrestage eines historischen Ereignisses werden - in der Regel Jahr für Jahr - ausführlich gewürdigt in Kommentaren, Sonderbeilagen, Bildberichten - die Schlacht bei Idstedt 1850, die Ereignisse bei den Düppeler Schanzen 1864, die Abstimmungstage 1920 in der 1. und 2. Abstimmungszone, der Tag der neuen Grenzziehung zwischen Dänemark und Deutschland 1920 (Genforeningsdag⁹), der Überfall Deutschlands auf Dänemark am 9. April 1940, die Befreiung Dänemarks Anfang Mai 1945, um nur die allerwichtigsten Gedenktage aufzuzählen.

Im Jahre 1993 waren es überdies der 50. Jahrestag des Endes der Zusammenarbeitspolitik (samarbejdespolitik) am 29.8.1943 sowie der 50. Jahrestag der Rettung des größten Teils der dänischen Juden (Anfang Oktober 1943), denen eine Reihe ganzseitiger Artikel gewidmet wurde¹⁰.

Die historischen Ereignisse bis 1920 werden oft in der Tradition der dänischen nationalkonservativen Historiographie gesehen, die sich von der neueren dänischen Geschichtsbetrachtung, wie sie z. B. in der Aufarbeitung dieser Zeit durch Inge Adriansen im Museum auf Schloß Sonderburg deutlich wird, nicht unerheblich unterscheidet. Inge Adriansen hat bei einer Führung einmal humorvoll formuliert, es gebe eine wissenschaftliche Sicht historischer Ereignisse, eine dänische Betrachtung und eine solche des Herzens - die beiden letzteren prägen die meisten Beiträge zu historischen Themen, die Flensborg Avis veröffentlicht - nicht selten auch solche recht problematischen Inhalts, wie z. B. am 19.11.1993 Peter Petersens Chronik-Beitrag „De rene danskere“¹².

Ein gemeinsames Gedenken von Minderheit und deutscher Mehrheitsbevölkerung an den Jahrestagen der Schlacht bei Düppel oder Idstedt ist 1988 und 1989 von Chefredakteur Weede und K. O. Meyer unmißverständlich abgelehnt worden. So veröffentlichte Flensborg Avis am 1.9.1988 unter dem Titel „Fælles mindehojti- deligheder?“ (Gemeinsame Gedenkfeierlichkeiten?) einen Artikel des Landtagsabgeordneten K. O. Meyer zu deutschen Anregungen, im Jahre 1989 - anlässlich der 125. Wiederkehr der Ereignisse von 1864 - gemeinsame Gedenkveranstaltungen abzuhalten. Während der am 17.8.1988 erschienene Leitartikel in Flensborg Avis zu diesem Thema es zur Zeit („på nuvasrende tidspunkt“) nicht für angebracht hielt, gemeinsame deutsch-dänische Gedenkfeiern durchzuführen, lehnte K. O. Meyer ein derartiges gemeinsames Gedenken grundsätzlich und auch in Zukunft ab („Dette nej bør også lyde i fremtiden!“). Meyer begründete seine Ablehnung mit dem mehr privaten, inoffiziellen, stark im Volk verankerten Charakter des Gedenkens dänischerseits und mit der Ablehnung offizieller Feiern unter Mitwirkung dänischer und deutscher Militärverbände. Diesen Gedankengang verband Meyer mit kritischen Bemerkungen über

einige deutsche Urheber des Vorschlags - deren Unruhe über Wahlerfolge des SSW und daraus resultierende Forderungen nach verstärkter staatlicher Hilfe zur Stärkung der deutschen Kultur. Meyer sparte nicht mit polemischen Worten gegenüber den Initiatoren des Vorschlags gemeinsamen Gedenkens; er nannte sie „overivrige grænsseover- skridende samarbejdsfolk“ (überreifrige grenzüberschreitende Zusammenarbeitsleute) - wobei das Wort „samarbejdsfolk“ aus der Geschichte der deutschen Besetzung Dänemarks einen negativen Beiklang hat -, er konstatierte „et krampagtigt forhold“ (ein verkrampftes Verhältnis) zur dänischen Minderheit, beschuldigte sie des Rückfalls in die Argumentation der Zeit unmittelbar nach 1945, weil darauf verwiesen worden sei, daß von seiten der dänischen Minderheit keine Garantie der dänisch-deutschen Grenze erfolgt sei („... vi er mange, som ikke føler trang til i sådanne stunder at være sammen med folk, der krampagtigt holder fast ved argumenter, der var fremme i tiden lige efter 1945“ - viele von uns fühlen sich nicht veranlaßt, in solchen Stunden mit Leuten zusammenzusein, die verkrampft an Argumenten festhalten, die gleich nach 1945 üblich waren). Meyer befürchtete darüber hinaus, daß bei dänisch-deutschen Gemeinschaftsveranstaltungen über die Köpfe der dänischen Minderheit hinweg organisiert werde - in Kopenhagen, Bonn und Kiel wodurch die dänische Minderheit an den Rand gedrängt werde.

Meyers Position wird durch eine Vielzahl Artikel unterstützt, so z. B. durch den Leitartikel „Stadig nej“ (Immer wieder nein) vom 5.1.1989, in dem Paul Weede u. a. ausführt: „For de fleste danskere er Dybbøl ikke alene en slagmark, men et nationalt Symbol. Der var her man fejrede genforeningen i 1920“ (Für die meisten Dänen ist Düppel nicht nur ein Schlachtfeld, sondern ein nationales Symbol. Hier war es, wo man 1920 die Wiedervereinigung feierte); z. B. durch die „Kronik“ „Dybbøl og Frankrig“ (26.1.1989), den Kommentar „Nachgedanken zu Oeversee“ am 23.3.1989, worin die deutsche Gedenkfeier zum 125. Jahrestag des Gefechtes bei Oeversee (6.2.1864) zum Anlaß genommen wird, um zu verdeutlichen, daß auf Grund der deutschen Betrachtungsweise dieses und anderer Ereignisse gemeinsame Veranstaltungen undenkbar seien; so vor allem auch durch den Leitartikel „National mindedag“ (Nationaler Gedenktag) am 18.4.1989, in dem Weede schreibt: „For stadig foregår der brydninger mellem nationaliteteme, ikke mere i Nordslesvig, men syd for den grænse, der blev trukket i 1920. Ikke mere med den intensitet, de havde efter 1864 i Nordslesvig, men trods al fordragelighed finder de sted den dag i dag i Sydslesvig. Slagmarken på Dybbøl er derfor ikke stedet for en forbrødring. 1864 - mindedagen er en national dansk mindedag, sådan er det og sådan skal det blive ved med at være“ (Denn auch jetzt noch gibt es Kämpfe zwischen den Nationalitäten, nicht mehr in Nordschleswig, sondern südlich der Grenze, die 1920 gezogen worden

ist. Nicht mehr mit derselben Intensität, die sie nach 1864 in Nordschleswig besaßen, aber trotz allen Vertragens finden sie bis heute in Südschleswig statt. Das Schlachtfeld von Düppel ist deswegen kein Ort für Verbrüderungen. Der Gedenktag an 1864 ist ein nationaler dänischer Gedenktag; so ist es, und so soll es bleiben).

In seinem Leitartikel vom 21.4.1989 unter dem Titel „Blandet selskab“ (Gemischte Gesellschaft) erwähnt Paul Weede, daß bei der deutschen Gedenkstunde in Düppel auch die HIAG einen Kranz niedergelegt habe. Dies zeige, in welche Gesellschaft man sich bei dänisch-deutschen Veranstaltungen begeben könne. Der Kommentar schließt: „De officielle Dybbol-mindehøjtideligheder er og skal ikke være et blandet selskab, men udelukkende en ren dansk sag uden deltagelse af andre end danskere“ (Die offiziellen Düppel-Gedenkfeiern sind und werden keine gemischte Gesellschaft sein, sondern ausschließlich eine rein dänische Sache ohne Teilnahme anderer als Dänen).

Am 22.5.1989 wird in einem Artikel unter dem Titel „Dybbøldagen er en 'privat' mindedag“ (Der Tag von Düppel ist ein „privater“ Gedenktag) erneut betont, daß der Tag von Düppel allein den Dänen vorbehalten sei.

Am 26.7.1989 führt Paul Weede in einer Rede aus Anlaß des 139. Jahrestages der Schlacht bei Idstedt aus, daß man seine Erinnerungen und Gedächtnistage für sich behalten wolle; sie sollten nicht in einer dänisch-deutschen Verbrüderung untergehen¹³.

Genannt werden soll aber auch die eine dänische Stimme, die sich am 3.5.1989 dagegen aussprach, daß „Dybbol-Dagen uden officiel tysk (Österr. sk) deltagelse“ (der Tag von Düppel ohne offizielle deutsche (österreichische) Teilnahme stattgefunden hatte, „og det var en skam“ (und das ist schade)¹⁴.

5. 2 Idstedt-Löwe und Danevirkegården

Das historische Bewußtsein, das sich in Flensburg Avis ausdrückt, kristallisiert sich vor allem an zwei Symbolen, dem Danewerk und dem Monument, das der dänische Gesamtstaat über den Gräbern seiner Gefallenen der Jahre 1848 bis 1850 im Jahr 1862 auf dem Flensburger Alten Friedhof hatte aufstellen lassen und das zwei Jahre später deutscherseits entfernt worden ist, dem Idstedt-Löwen. Jahr für Jahr - zumeist während der Sommermonate, so daß in einer Stellungnahme der Idstedt-Löwe als die Flensburg-Avis-Variante des Ungeheuers von Loch Ness bezeichnet worden ist -, füllt dieses Thema die Spalten. Die allermeisten der in Flensburg Avis veröffentlichten Stellungnahmen - seien es die Leitartikel der Chefredakteure Weede und Lonborg, seien es Äußerungen der leitenden Persönlichkeiten der Minderheiteninstitutionen - insbesondere

auch K. O. Meyers -, seien es Leserbriefe - verlangen apodiktisch die Wiederaufstellung des Denkmals auf dem Alten Friedhof nach einem zuvor im Flensburger Stadtparlament einstimmig zu verabschiedenden Ersuchen an Königin Margrethe II. um Rückführung. Eine differenzierte Betrachtung der Problematik dieses Denkmals, wie sie z. B. den Katalog zur dänisch-deutschen Ausstellung über den Idstedt-Löwen auf Schloß Sonderburg und in Flensburg auszeichnet¹⁵, lassen diese Texte vermissen, ausgenommen die Zuschriften von Th. O. Hegelund, Lene Bastiansen, Henrik Vestergaard, Søren Andresen, Jakob Gormsen, W. L. Christiansen, die, gleichgültig, ob sie sich für oder gegen die Rückkehr des Denkmals aussprechen, sachlich, ruhig und verantwortlich mit Blick auf beide Gruppierungen im Grenzland (Mehrheit und Minderheit) argumentieren. Die Gründung des Museumszentrums Danevirkegården ist auf den Wunsch der dänischen Minderheit zurückzuführen, ihre Sicht der Geschichte des Herzogtums Schleswig zu dokumentieren, da dies in den deutschen Museen nicht geleistet werde. Allerdings ist diese Museumsgründung in der Minderheit nicht unumstritten - worüber Flensborg Avis allerdings nur sehr zögerlich berichtete da sie an einem minderheiteninternen Museumsverein vorbei beschlossen worden zu sein scheint, der ein Museum, vergleichbar dem der deutschen Minderheit in Sonderburg, anstrebt.

Flensborg Avis räumte und räumt Danevirkegården breiten Raum ein; der nicht dänisch orientierte Leser von Flensborg Avis gewinnt aus der Berichterstattung den Eindruck, daß das Museum in der Minderheit als eine Art dänisch-nationaler Speerspitze gegen die Deutschen betrachtet wird - und so heißt es auch in der von Flensborg Avis veröffentlichten Grundsatzerklärung des Museumsleiters, daß ein dänisches Museum außerhalb Dänemarks, betrieben von der dänischen Minderheit, „et dansk kulturfremstød uden for rigets grænser“ (ein dänischer Kulturvorstoß außerhalb der Grenzen des Reiches) sei¹⁶, eine dänische nationalpolitische Aufgabe - wie auch Flensborg Avis selbst - auf deutschem Staatsgebiet zu erfüllen habe.

5. 3 Zweisprachigkeit in öffentlichen Institutionen

Ausgehend von der Beschriftung der Objekte in den Museen des Landesteils Schleswig, erschien in Flensborg Avis eine Reihe Artikel mit der Forderung nach Zweisprachigkeit, und zwar nicht nur in Museen, sondern auch in der Verwaltung und im öffentlichen Leben. Hierbei geht es nicht darum, daß die Mitglieder der dänischen Minderheit des Deutschen nicht mächtig seien, sondern es handelt sich um ein prinzipielles Problem: das Dänische soll im Landesteil Schleswig gleichberechtigt dem Deutschen sein, es soll sichtbar sein, Flagge zeigen (können).

5. 4 Dänische Minderheit und dänische Sprache

Das Faktum der Zweisprachigkeit des wichtigsten publizistischen Organs der dänischen Minderheit (wie im übrigen auch die deutschsprachige Firmierung des SSW) steht einerseits im Gegensatz zu dem im dänischen Teil von Flensburg Avis kämpferisch betriebenen Einsatz für den Gebrauch der dänischen Sprache durch die Angehörigen der Minderheit - zahlreiche Kommentare, Leserbriefe, Artikel, Aufrufe fordern immer wieder dazu auf, so häufig wie möglich sich der dänischen Sprache zu bedienen: zu Hause, in den dänischen Schulen auch außerhalb der Unterrichtsstunden, in den dänischen Institutionen, in der Öffentlichkeit - macht andererseits aber deutlich, daß nicht wenige Mitglieder der Minderheit das Dänische entweder unzureichend beherrschen oder darin zu wenig geübt sind oder diese Sprache im privaten Bereich nicht benutzen wollen, und so wird der Anteil derer in der Minderheit, die Dänisch als Familien-(Umgangs-)sprache haben, mit 5 Prozent angegeben. Die tatsächlichen Verhältnisse kann man bei sorgfältiger Lektüre Flensburg Avis durchaus entnehmen; bei oberflächlicherem Lesen der Zeitung aber fallen die ständigen Erfolgsmeldungen über die Entwicklung des Dänentums im Landesteil Schleswig auf, z. B. das Anwachsen der Schülerzahlen in den dänischen Schulen.

Bisweilen hat man den Eindruck, als stelle Flensburg Avis ideologische Maximen oder Wunschdenken über den realen Befund; nicht selten ist Realitätsfeme zu konstatieren. Exemplarisch ist in diesem Zusammenhang das Erstaunen der Zeitung darüber, daß neueste dänische empirische Sprachuntersuchungen¹⁷ festgestellt hätten, daß Sønderjysk vor allem und am besten von der deutschen Minderheit in Nordschleswig gesprochen werde - ein Ergebnis, wozu keine aufwendige Untersuchung notwendig gewesen wäre.

Die in Flensburg Avis zumeist gegebene Begründung für die nicht befriedigende Situation der dänischen Sprache in der Minderheit - die Konkurrenz des Deutschen - kaschiert das eigentliche Problem, das darin besteht, daß 1. sich die dänische Minderheit als Gesinnungsminderheit versteht und daß 2. die Gleichsetzung von Dänentum, wozu dänische nationale Gesinnung und der Gebrauch der dänischen Sprache als Familiensprache gehören, und dänischer Minderheit irreführend ist. Gewiß, eine größere Anzahl Angehörige der Minderheit sieht sich als Dänen außerhalb des dänischen Staates in feindlicher Umgebung - und vor allem diese Gruppe scheint in Flensburg Avis zu Wort zu kommen und die veröffentlichte Meinung zu bestimmen -, ein anderer Teil aber empfindet sich als dänisch orientierte Schleswiger neben den deutsch orientierten, und als dänischer Schleswiger kann man das Niederdeutsche oder Hochdeutsche als Muttersprache haben¹⁸.

War bisher zumeist nur von Geistlichen - namentlich solchen in den Gemeinden

des Westens und Südens des Landesteils Schleswig - darauf hingewiesen worden, daß „hertesproget“ (die Sprache des Herzens) Deutsch sein könne und daß dies die Seelsorge zu berücksichtigen habe, und hat es noch 1992 und 1993 wiederholt scharfe Attacken gegen den Gebrauch des Niederdeutschen bei Veranstaltungen der Minderheit gegeben, veröffentlichte Flensburg Avis im September 1993 zwei Stimmen, die konstatieren, daß in der Minderheit nicht nur Dänisch gesprochen werde¹⁹, doch sind solche Stimmen in Flensburg Avis die hervorzuhebende Ausnahme. Dies gilt auch für Fidde Schulz' interessante Chronikbeiträge vom 26. und 27. November 1993 unter dem Titel „Det ny Sydslesvig“ (Das neue Südschleswig), in denen er u. a. kritisch auf die Sprachenfrage eingeht. Dererlei Beiträge haben gemeinhin ein nur geringes Echo in den Leserbriefspalten, während Verfechter des Dänischen als Familien- und Umgangssprache nahezu täglich zu Wort kommen.

5.5 Identitätsdiskussion

Die breite Auseinandersetzung in Flensburg Avis um den Gebrauch der dänischen Sprache spiegelt ein grundsätzliches Dilemma der dänischen Minderheit wider. Wäre sie eine Sprachminderheit, setzte die Zugehörigkeit zur Minderheit die dänische Muttersprache voraus, gäbe es dieses Problem nicht; da sich die dänische Minderheit aber als Gesinnungsminderheit versteht, sind die Sprachprobleme letztlich ideologieimmanent und nicht lösbar. Dies aber führt zu der Frage, ob die mit dem Prinzip der Gesinnungsminderheit verbundene Öffnung der Minderheit nicht auf sie zurückschlage, ob sie wirklich sinnvoll sei.

Deshalb steht diese Frage im Mittelpunkt einer breiten, langanhaltenden, immer wieder aufflammenden, sich letztlich im Kreis drehenden Diskussion in Flensburg Avis über das Selbstverständnis der Minderheit. Als Alternative ergibt sich:

1. Die Minderheit versteht sich als dänischer Volksteil in Deutschland; Mitglied kann nur sein, wer ausschließlich im Dänischen verwurzelt ist, was zu einer gewissen Abkapselung von der Mehrheitsbevölkerung führte. Die politische Interessenvertretung dieses dänischen Volksteils übernimmt der SSW als dänische Partei in Deutschland.
2. Die Minderheit versteht sich als regionale, diffus dänischorientierte Gruppierung; ihre Interessenvertretung übernimmt der SSW als eine schleswigsche Regionalpartei mit dänischem Einschlag²⁰. - Ein besonderer Aspekt dieser Thematik war die Frage, ob Repräsentanten der Mehrheitsbevölkerung zu den dänischen Jahrestreffen eingeladen werden sollten - diese Frage ist 1989 schließlich mit einer Einladung an den damaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten positiv beschieden worden. Und im Jahre 1993 ging es darum, ob die Minderheit eine Einladung zum Schleswig-Holstein-

Tag 1994 in Schleswig annehmen solle. Nach langen, heftigen Diskussionen in SSF, die ihren reichhaltigen Niederschlag in Flensburg Avis hatten²¹, lehnte der geschäftsführende Ausschuß von SSF die Einladung mit 12 zu 11 Stimmen ab²². Während der SSF- Vorsitzende Heinrich Schultz die Annahme der Einladung befürwortet zu haben scheint, nahmen z. B. der SSW-Landesvorsitzende Wilhelm Klüver, Werner Matlok oder Nils Vollertsen die entgegengesetzte Position ein. Zu denen, die eine Teilnahme am Schleswig-Holstein-Tag ablehnten, gehören durchaus Personen, die sich für einen Ausgleich mit der Mehrheitsbevölkerung einsetzen. Ursache für die Ablehnung sind vor allem die Federführung des SHHB und daß 1994 deutscherseits der 150. Jahrestag der Entstehung des Schleswig-Holstein-Fiedes und des Zeigens der schleswig-holsteinischen Farben blau-weiß-rot begangen wird. Eine Arabeske im Zusammenhang mit der genannten Diskussion bildet die Aktion von Reinhard Hossenfelder mit seiner Anzeige in Flensburg Avis am 23.10.1993, die in deutscher Übersetzung lautet: „Bist Du enttäuscht von den 'Deutschen' in SSF, werde Mitglied in der Wiedervereinigungsfrent (Antideutsche Vereinigung)“. Diese Anzeige und deren Folgen waren Flensburg Avis zwei ausführliche Artikel ihres politischen Redakteurs wert²³.

Anmerkungen

1. Grundlage des vorliegenden Beitrages ist ein Vortrag, den ich im Rahmen der „Nordschleswigschen Gespräche“ am 22.11.1993 in Flensburg unter dem Titel „Aufgaben und Leistungen der Minderheitenzeitung Flensburg Avis“ gehalten habe. Der Vortrag wiederum geht zu einem nicht unbeträchtlichen Teil zurück auf meine umfangreiche Untersuchung „Modell Südschleswig? Dänische Minderheit und deutsche Mehrheitsbevölkerung, gespiegelt in 'Flensburg Avis* und den Romanen 'Regnbuelandet¹ und Tdentitet*“, die ich im Oktober 1992 abgeschlossen, meinen Flensburger Freunden gewidmet und als Typoskript verschickt hatte.

Darüber hinaus sind für den Vortrag u. a. die folgenden beiden Aufsätze herangezogen worden:

Runge, Johann: Die dänische Minderheit in Südschleswig. In: Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland = Gegenwartsfragen 69, hrsg. von der Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein, Kiel 1993, S. 73-158;

Vollertsen, Nils: Det danske mindretal i Sydslesvig. In: Nation og mindretal. Forlaget Historia 5, Århus 1993, S. 11-30.

Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auf folgende in den Grenzfriedensheften erschienene Aufsätze:

Bästlein, Klaus: Die dänische Minderheit zwischen „Aufführern“ und „Preußen in dänischer Verkleidung“: 2/1987; Zeh, Jürgen: Deutschsprachige Minderheitenzeitungen in Nordschleswig, Ostbelgien und Südtirol:3/1988; Krueger, Ranning: Der Südschles-

wigsche Wählerverband (SSW): 2/1991 und 3/1991; Schultz, Heinrich: Die Situation der dänischen Minderheit 1991: 2/1991.

2. Eine Besonderheit dänischer Zeitungen - so auch von Flensburg Avis - ist die tägliche "Kronik", eine essayistisch gehaltene Beschäftigung mit Themen jenseits des reinen Tagesgeschehens aus Kultur, Politik, Religion und-im speziellen Fall-der Minderheitensituation und Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland und darüber hinaus.
3. Vgl. Runge S. 154: „Die Zeitung hat heute eine Auflage von etwas über 7200, von der allerdings ein Großteil nördlich der Grenze verkauft wird.“ Vollertsen dagegen erwähnt nicht, daß ein beträchtlicher Teil der von ihm genannten 7290 Abonnenten in Dänemark ansässig ist.
4. Vgl. Karin Johannsen-Bojsens Südschleswig-Roman „Regnbuelandet“ (Regenbogenland), København 1987, S. 307, wo es (in deutscher Übersetzung) heißt:
[Inger Koch-Lorensen:] „Ich bin in Hadersleben aufgewachsen, und mein Herz lebt immer noch da unten, obwohl wir schon fast dreißig Jahre in Gentofte wohnen.“ [Elke Brodersen:] „Hast du dort noch Familie?“
[Inger Koch-Lorensen:] „Viele Jahre meinen Vater. Aber der ist nun lange tot. Damals übernahm ich sein Flensburg-Avis-Abonnement, worüber ich sehr froh bin, obwohl eure internen Diskussionen auf einen Außenstehenden etwas verwirrend wirken.“
5. Auch im Museum Danevirkegården fiel mir bei Besuchen 1991 und 1992 auf, daß dänischsprachige Besucher mitunter anders informiert werden als deutschsprachige. So trägt eine Tafel die Überschrift: „Borgerne gor opror - Treårskrigen 1848 - 1850“; die deutsche Übersetzung müßte lauten: „Aufruhr (oder Rebellion) der Bürger - Der Dreijährige Krieg 1848-1850“ - und dies entspräche dem Vokabular, das dänischerseits üblicherweise im Zusammenhang mit der schleswig-holsteinischen Erhebung verwendet wird. Danevirkegården untertitelt aber „die Bürger erheben sich - der Krieg 1848- 1850“. Auf derselben Tafel heißt es, daß die Provisorische Regierung in Kiel die Losreißung („løsrivelse“) der Herzogtümer proklamierte; im deutschen Text wird stattdessen der Begriff „Unabhängigkeit“ benutzt. Auf der Tafel „Krigen i 1864 - et dansk-tysk opgør“ heißt es im dänischen Text: „Bismarcks mal var at erobre de to heretugdommer som en begyndelse til at samle de tyske stater under projsisk overherredømme“ (Bismarcks Ziel war, die zwei Herzogtümer zu erobern als Anfang der Sammlung deutscher Staaten unter preußische Oberherrschaft). Der deutsche Tafeltext lautet: „Das Ziel des preußischen Reichskanzlers Bismarck war die Eroberung beider Herzogtümer als der Anfang seiner Bestrebungen, die deutschen Staaten für Preußen zu gewinnen“.
6. S. 18
7. S. 18
8. Vollertsen zufolge ist Flensburg Avis offener als deutsche Tageszeitungen für Leserbriefe und außerredaktionelle Diskussionsbeiträge-eine Ansicht, die ich vor zwei, drei Jahren geteilt hätte, die seit zwei Jahren aber kaum noch den Tatsachen entspricht, was u. a. daran liegt, daß eine ganze Reihe der eifrigen Leserbriefschreiber inzwi-

schen gestorben ist.

9. Wiedervereinigungstag.
10. Zwischen dem 28.8. und dem 18.9. sind insgesamt 11 (zumeist ganzseitige) Beiträge zum 50. Jahrestag des Endes der Zusammenarbeitspolitik erschienen; zum 50. Jahrestag der Rettung der dänischen Juden veröffentlichten Flensburg Avis zwischen dem 24.9. und dem 4.10.1993 neun - zumeist umfangreiche - Beiträge (6 davon am 2.10.).
- 11 Vgl. z. B. die ganzseitige 'Kronik'¹ am 22.9.1993 unter dem Titel „Kämpen om Flensburg“ von der Dozentin für Lehrerbildung Kirsten Nielsen, der Tochter des Redakteurs Andreas Grau. K. Nielsen ist der Ansicht, daß Flensburg 1920 „ikke blev dansk skyldtes... både fjender i de danske raskker [Statsminister Zahle] at tysk militær og forvaltning ikke blev rømmet og det store antal af 'engangstyskere', der stemte med“ (nicht dänisch wurde, liege sowohl an Feinden in den eigenen - dänischen-Reihen als auch darin begründet, daß das deutsche Militär nicht abgezogen und die deutsche Verwaltung nicht aufgehoben worden seien und daß eine große Anzahl von einmal im Landesteil ansässig gewesenen Deutschen mit abstimmte). Am Ende des Textes heißt es - tröstend: „Ikke desto mindre findes der i dag en særdeles levedygtig dansk befolkning i Sydslesvig, og man behøver ikke at tale tysk i Flensburg“ (Nichtsdestoweniger gibt es heute in Südschleswig eine besonders lebensfähige dänische Bevölkerung, und man braucht in Flensburg nicht deutsch zu sprechen).
12. Die reinen Dänen. Vom Kontext her ist die Übersetzung „Die rassereinen Dänen“ vertretbar. Vgl. die scharfe Entgegnung von Preben T. Clausen, „Ejder-graensen er et spøgelse“ (Die Eidergrenze ist ein Spuk) vom 26.11.1993. Hierauf antwortet Peter Petersen am 16.12.1993 in einem weiteren Chronik-Beitrag, der die Thesen vom 19. November modifiziert.
13. Der Titel des Artikels lautet: „Vi vil beholde vore minder for os selv - Slagct vcd Isted mindet på den gamle kirkegård i Flensburg.“
14. H. Schättinger-Rangstrup, „Isted-lpven bpr nu til Flensburg.“
15. „Istedlöven. Et nationalt monument og dets skiebne.“ Mikkelsen, Hatsted, Slesvig 1993. Vgl. Grenzfriedenshefte 1/1992 mit Beiträgen von Leppien, Schütt, Ostwald, A. Thomsen, Gammelgaard. Lehfeldt, I. Adriansen. Vgl. weiterhin die gute Rezension der Ausstellung „Udstilling for en løve“ (Ausstellung für einen Löwen) von Anker Thygesen in F1A, 5.11.1993 ('Kronik' S. 6). Vgl. überdies Günter Weitling, „Der Isted-Löwe - Ende eines Mythos? Bericht über eine deutsch-dänische Ausstellung“ in Grenzfriedenshefte 4/1993.
16. Vgl. J. Kühl: „Dansk museumsformidling i Tyskland“, 'Kronik' in F1A am 7.12.1989. Vgl. weiterhin Nils Vollertsen: „Sydslesvigsk samtidshistorie ved en milepæl“ (F1A 24.6.1991) - in diesem Artikel sieht Vollertsen Danevirkegärden als ideologische Gegenposition z. B. zum Schleswiger Haithabumuseum.
17. Vgl. F1A, 6.9.1993 S. 1 und S. 3 (betr. die Untersuchung von Karen Margrethe Pedersen); vgl. auch J. Nygaard, „Tyske bndrcrtalerflot spnderjysk“ (Deutsche Bauern

sprechen prima sønderjysk), F1A, 5.9.1992.

18. Und schließlich ist für den dänisch orientierten Teil der Friesen Nordfrieslands - idealtypisch - ohnehin das Friesische die Muttersprache, worauf in Flensburg Avis kaum eingegangen wird.
19. Vgl. E. J. Harksen, Hvorfor skal vi laere dansk? (Weshalb sollen wir Dänisch lernen?) (1.9.1993) , wo es heißt: „...Ogi Sydslesvig er dette samfund -laenge for Bismarck log det-tysk i praksis, i virkeligheden. Hverdagen, arbejdslivet, konkurrencen foregår... for os på tysk“ (Und in Südschleswig ist diese Gesellschaft - lange bevor Bismarck sie eroberte - in praxi deutsch gewesen. Alltag, Arbeitsleben, Konkurrenz vollziehen sich für uns auf Deutsch). Vgl. weiterhin den Artikel „Mindretal behøver nye magtstrukturer“ (Die Minderheit braucht neue Machtstrukturen) (6.9.1993), worin es heißt, es sei notwendig, „at mindretallet blandt andet åbent erkender, at sydslesvigerne ikke kun taler dansk“ (daß die Minderheit u. a. offen zugibt, daß die Südschleswiger nicht nur dänisch sprechen).
20. In der Ausgabe vom 2.10.1993 schlägt das jüngste Mitglied der Landesleitung des SSW, Sven Engel, vor, den SSW zu einer Partei links von der Mitte zu machen, die sich zunächst in Holstein, möglicherweise aber auch bundesweit zur Wahl stellt (Artikel: „SSW bør også sætte på Holsten“ (Der SSW muß auch auf Holstein setzen), S. 1, und Interview „Den røde Engel fra Risby“ (Der rote Engel von Rieseby), S. 8. Hiergegen der Leitartikel von B. Lönborg „Nye impulser i SSW“ (Neue Impulse im SSW) am 2.10.1993 und ein Leserbrief „Danskheden afgørende i SSW“ (Das Dänentum ist entscheidend im SSW) am 7.10.1993. Vgl. aber auch Tharben Hansens Beitrag „SSW har succes i Holsten“ (Der SSW hat in Holstein Erfolg) am 3.12.1993, S. 3.
21. Vgl. F1A am 13.7., 14.7., 27.8. (betr. Diskussionen im Hauptausschuß von SSF), 2.9., 17.9, 18.9. (Leitartikel), 20.9., 21.9., 23.9.1993.
22. Vgl. F1A, 2.12.1993: „Knebet nej til Slesvig-Holstein-dagen“ (Knappes Nein zum Schleswig-Holstein-Tag) und „SH-Dag uden SSF (Schleswig-Holstein-Tag ohne SSF); 9.12.1993: „Størt og småt“ (Wichtiges und weniger Wichtiges).
23. Vgl. F1A, 26.10.1993: „Telefon-stormefferannonce“ (Nach der Annonce ein Telefonsturm); „Annonce en protest mod tyskvenlig linie“ (Die Annonce - ein Protest gegen die deutschfreundliche Richtung). Vgl. auch einen Leserbrief von R. Hossenfelder (1.11.1993) unter der Überschrift „Kun adresse til et fatal i SSF“ (Nur eine Minderheit in SSF gemeint). Teil II des Beitrages von Gottfried Lorenz erscheint in H. 2/1994.

Broweg - ein Straflager in Nordfriesland

von GERHARD HOCH

Ende 1992 erreichte mich auf Umwegen ein Brief des französischen Arztes Dr. Alain Gauthier, der sich - bis dahin vergeblich - bemüht hatte. Genaueres über ein „Sonderkommando“ Nr. 1032 in Broweg zu erfahren, in welchem er 1941 schlimme Monate hatte zubringen müssen. Ich schickte ihm einen Auszug aus einem Visitationsbericht über das Kriegsgefangenen-Stammlager (STALAG) XA in Schleswig vom 28. Juli 1941, worin ziemlich ausführlich auch auf das fragliche Lager eingegangen wurde:

„Man hat uns außerdem auf das Arbeitskommando Nr. 1032 XA in Broweg aufmerksam gemacht, wohin eine gewisse Anzahl von Unteroffizieren, welche nicht bereit waren, zu arbeiten, Anfang Juli 1941 gegen ihren Willen gebracht wurden. Sie werden dort 10 1/4 Stunden täglich zu harter Arbeit gezwungen (Bau eines Kanals). Sie werden sehr hart angefaßt, und einige von ihnen sind brutal geschlagen worden. Die Brutalität der Aufseher dieses Arbeitskommandos ist allen Gefangenen bekannt und ruft wahre Schreckensvorstellungen hervor. Der deutsche Kommandant (des Stammlagers; es handelte sich um Major Stockmann; G.H.) hat sich im Laufe des Gesprächs zu diesem Punkt sehr zurückhaltend gezeigt und erklärt, daß sich die Unteroffiziere... der Meuterei schuldig gemacht hätten.“ Als Antwort übergab mir Dr. Gauthier seinen ausführlichen Erlebnisbericht über dieses Lager. Dieser Bericht soll hier, stark gekürzt, in deutscher Übersetzung vorgelegt werden.¹ Der Quellentext wird in Kursivdruck wiedergegeben. Solche Teile des Textes, die dem heutigen Leser nicht ohne weiteres verständlich sind, werden von mir, drucktechnisch abgesetzt, mit Erläuterungen versehen.²

Stammlager (STALAG) XA Schleswig - Mai 1941

Zaghaft hat sich der Frühling in dieser Region im Norden Deutschlands gezeigt... Die Welt der Gefangenen hat inzwischen durch ihre große Zahl, die Verschiedenheit der betroffenen Nationen und die Dauer der Gefangenschaft eine historische Dimension erreicht.. Hitler-Deutschland gleicht einem Babel aus besiegten Soldaten, die vom Norden und Süden, vom Westen und Osten ihr Elend über die Straßen der Verbannung schleppen. Wie ein gigantisches Spinnennetz wurde ein Geflecht aus Lagern gewebt.

Das STALAG XA war dem nördlich der Elbe gelegenen Teil des Wehrkreises X (Sitz in Hamburg) zugeordnet. Von dort aus erfolgte im Zusammenwirken mit den Arbeitsämtern die Verteilung der Kriegsgefangenen auf die verschiedenen Arbeitslager und -kommandos. Deren Zahl belief sich in diesem Bereich am 1.1.1942 auf 1200-1300. Dem ST AL AG unterstanden am 1.1.1942 23.775 Franzosen (am 1.1.1945 23.230), 2.987 Belgier (1945 2.950), 2.309 Polen (1945 1.825), Sowjetsoldaten 5.242 (1945 23.280), Italiener 1945 1.949, Angehörige anderer Nationen 6.130 (1945 4.482). Dem STALAG standen in der Landesheilanstalt auf dem Hesterberg in Schleswig die Häuser F,G,H und die Schule an deren Ostseite zur Verfügung.³

In jedem Dorf werden die zur Wehrmacht eingezogenen Bauern durch Gefangene ersetzt, vor allem durch Belgier und Franzosen. Diese sind dort nun die neuen Bauern, entweder allein oder zusammen mit einem kriegsuntauglichen Deutschen oder auch mit den Ehefrauen bzw. Witwen der Eingezogenen. Die Gefangenen bewirtschaften das Land zumeist sehr gewissenhaft, als handle es sich um ihren eigenen Hof. Manche Gefangene haben sich in die landwirtschaftlichen Kommandos gemeldet, obwohl sie keine Qualifikation für die Landarbeit hatten, vor allem aber, um dem Dasein im Stammlager zu entgehen.

Das gut durchorganisierte STALAG ist mit einem Stacheldrahtzaun gesichert. Posten kontrollieren mit Scheinwerfern und Maschinenpistolen das Lager. Die Dienststellen und Unterkünfte („Stuben“) verteilen sich über die alte Anstalt. Im Keller befinden sich Desinfektionsräume und Duschen, im ersten Stockwerk das Lagergefängnis, die Strafteilung und das „Untersuchungszimmer“. Dem Strafvollzug dienen Isolierzellen, die alten Beruhigungszellen der Anstalt. Waren diese ursprünglich für eine oder zwei Personen vorgesehen, so werden sie jetzt zum verschärften Arrest mit acht bis zehn Gefangenen belegt. Diese erhalten nur jeden dritten Tag eine kalte Suppe und im übrigen ein wenig Brot mit einem widerwärtig schmeckenden und ätzend riechenden Fett. Alle zwei Tage ist Hofgang, wobei wir eine Viertelstunde im Hof herumlaufen müssen, schikaniert von zwei Unteroffizieren: Drasow und Niebuhr.

Die Wasserversorgung im Lager ist so dürftig, daß man sich nicht richtig waschen kann. Die Folgen sind Verschmutzung, Läuse und Flöhe. Auf schätzungsweise 200 Mann kam damals gerade ein Wasserhahn. Und das Lager zählte immer zwischen 1.200 und 1.400 Insassen. Zur Verrichtung der Notdurft kauerten die Gefangenen zu hunderten über den Latrinen.

Klagen über die Ungezieferplage (Flöhe und Läuse) in den Unterkünften des STALAG sowie über mangelhafte Wasch- und Duschgelegenheit halten bis Ende 1942 an.

Ich mag mich nicht damit abfinden, hier längere Zeit zu bleiben und entschließe

mich, zu fliehen. Am 25. März 1941 breche ich mit zwei Kameraden, Medizinstudenten wie ich, aus dem Lager aus. Doch einer meiner Kameraden und ich werden wieder ergriffen. Die Folge ist ein dreiwöchiger verschärfter Arrest. Danach stellt man einen Transport zusammen aus Kriegsgefangenen, die ebenfalls Arrest hinter sich haben, zumeist wegen Fluchtversuch und Beziehungen zu deutschen Frauen, und aus Unteroffizieren, die sich gegen ihren Arbeitseinsatz gewehrt haben, im ganzen 150 bis 180 Mann.

Kriegsgefangene Unteroffiziere durften laut Genfer Konvention (Art. 27, Abs. 3) nicht zur Arbeit gezwungen werden. Dagegen wurde auch im STALAG XA vielfältig verstoßen. „Widerspenstige“, d. h. arbeitsunwillige Unteroffiziere, wurden entweder in das STALAG Sandbostel verlegt, oder einem Arbeitskommando bzw. einem Straflager überstellt.⁴

Man bringt uns zunächst in das westlich von Schleswig gelegene Dorf Treia, wo die Luftwaffe einen Scheinflugplatz mit einigen Bombern aus Holz unterhält. Hier erhalten wir den Auftrag, diese Bomberattrappen, die ihren Zweck offensichtlich verfehlt hatten, fortzuschaffen und zum Platz gehörende Baracken zu räumen. In Treia erhalten wir übergroße Holzschuhe mit dem Bemerkten: „Damit ihr nicht auf den Gedanken kommt, noch einmal abzuhaufen.“ Jeder erhält eine fünfstellige Nummer, die die Kameraden, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, nur schwer behalten können. Unsere Unterkunft befindet sich auf einem kleinen Hügel, den man auf einem teils sandigen, teils mit Kopfsteinpflaster ausgelegten Weg stolpernd und rutschend erreicht.

In Treia befanden sich zwei Kriegsgefangenen-Kommandos: Nr. 1078 in einer Baracke bei einem Bauernhof, bezeichnet als „Lager Geilwang“. Die hier untergebrachten 80 bis 100 Belgier, Franzosen und Polen wurden überwiegend zu Arbeiten auf den Anlagen der Luftwaffe eingesetzt. Das eigentliche „Lager Treia“ befand sich auf dem Bauernhof Lehmkühler, deren 30 bis 40 Polen und 30 bis 70 Sowjetsoldaten in der Landwirtschaft beschäftigt wurden.⁵ *Wohin es dann weiter gehen sollte, erfuhren wir weder von den Deutschen noch von dem französischen Vertrauensmann, Unteroffizier Didier, den alle ehemaligen Insassen des STALAG in schlechter Erinnerung haben. Manche dieser Vertrauensleute haben sich dieser Aufgabe mit Würde und Verantwortung gewidmet und konnten sich erhobenen Hauptes gegenüber dem Feind behaupten. Soweit ich das beurteilen kann, war Didier nicht von dieser Art. Es heißt, er sei nach seiner Rückkehr nach Frankreich getötet worden. Er war unzertrennlich begleitet von dem ebenso unfähigen wie wichtigtuerischen und unterwürfigen Gefreiten Lamoche.*

Französische und belgische Kriegsgefangene wählten für ihr jeweiliges Lager oder Arbeitskommando aus ihren Reihen einen Vertrauensmann. Weil man sich

davon eine wirksamere Interessenvertretung gegenüber der Lagerführung versprach, fiel die Wahl bisweilen auf eine Person, die wie die französische Vichy-Regierung und Marschall Petain mit Deutschland kollaborierte. Solche Leute ließen es nicht selten am Mut gegenüber den deutschen Autoritäten fehlen. In dem Visitationsbericht vom 16.4.1943 erscheint Didier schon nicht mehr als Vertrauensmann.

Endlich, nach siebenwöchigem Eingesperrtsein, marschieren wir in eine andere Richtung. Wir sind froh über den Aufenthalt außerhalb des Lagers, froh, Zivilisten zu sehen, Frauen und Blumen, und reine Luft zu atmen, statt den verpesteten Dunst in unseren Zellen. Bald steigen wir in offene Güterwaggons, zusammengepfercht zu je 50 bis 60 Mann. Die Fahrt geht zunächst nach Husum, dann weiter in Richtung Tondern.

Der Zug hält in Langenhorn, eher eine Haltestelle als ein Bahnhof. Das Wachpersonal während der Fahrt ist recht wohlwollend gewesen. Nun empfängt uns Gebrüll und Geschrei. Die Wachabteilung in Langenhorn teilt Schläge, Fußtritte und Kolbenstoße aus. „Alles raus! Schnell! Schnell! Los!“ Wir sammeln uns so gut wie möglich, jeder darauf bedacht, die wenigen Habseligkeiten, die ihm trotz der laufenden Durchsuchungen noch geblieben sind, zu retten.

Ein Oberfeldwebel überwacht den Vorgang. Die Hände in die Hüfte gestemmt, beobachtet er alles sarkastisch, ein kräftiger Körper in Jacke und Hose, 1,78 m groß. Ununterbrochen bewegt er seine Kiefer, als kaue er Kaugummi. Man spürt förmlich das Gewitter, das unter seiner Schirmmütze grollt. Wie alt mag er sein? Vielleicht gut 50. Er ist mit dem Eisernen Kreuz dekoriert, trägt auch noch andere Ehrenzeichen. Vor allem hat er eine große Silberkordel umgehängt, die die linke Elälfte seines Brustkorbes einnimmt: Die Schützenschnur. An der rechten Gesäßhälfte entdeckt man den Griff einer großkalibrigen Faustfeuerwaffe, die abschreckend aus dem Futteral herausragt. Das ist unser „Schutzengel“, der Kommandoführer, der über unseren Aufenthalt wachen wird. Er hört auf den Namen Peter Krieg - nomen est omen - und wir erfahren später, daß er Polizeikommissar in Kassel ist.

Wahrscheinlich lautet sein Name richtig Peter Kring, denn in Berichten des staatlichen Gesundheitsamtes Flensburg an den Regierungspräsidenten vom 7. und 9. März 1942 wird u.a. ein „Kring, Peter, Wachkommando Broweg b. Leck“ erwähnt, der mit Fleckfieber in ein Krankenhaus eingeliefert wurde.⁶ *Sehr schnell übernimmt er die Führung. „In Linie antreten, marsch, marsch!“ schreit er sich die Lunge aus dem Hals. Wie oft werden wir dieses Kommando noch hören! Die Kolonne setzt sich in Bewegung. Die Gangart ist schnell. „Kehrt!“ brüllt er, „Vorwärts! Hinlegen! Auf!“ Das ist keine Gymnastik. Auf diese Weise legen wir die sechs Kilometer zurück, die uns von unserer „Sommerfrische“ trennen.*

Vom Bahnhof Langenhorn bis an die Lecker Au, dem Ort des Lagers, sind es etwa 12 km.

Sogar die Posten haben Schwierigkeiten zu folgen, belastet durch das Seitengewehr und die schwere Schußwaffe, mit deren Kolben sie uns Schläge verpassen. Alle sind in Schweiß gebadet, auch der Oberfeldwebel, der sich einen Spaß daraus macht und Fausthiebe austeilt, flucht, vor Wut schäumt, den Gefangenen auf den Rücken springt, wenn sie dem Kommando „Hinlegen!“ nicht perfekt genug folgen. Wieviel mag er wiegen? 95, 100 kg? Wir fürchten, er könnte unsere Nieren treffen. Wegen dieses dauernden Vor und Zurück dürfte die Marschzeit zwei Stunden länger gedauert haben.

Das Strafkommando Broweg

Plötzlich sind wir am Lager angelangt: Stacheldraht, zwei Meter hoch, einige Baracken, wie vom Aussatz zerfressen, und soweit das Auge reicht: Morast. Kein Haus, kein Baum. Am Horizont im Norden ein Kirchturm, wohl Lindholm. Wir sind verdreckt, erschöpft, ohne Hoffnung. Die Verteilung auf die Baracken erfolgt schnell. Die zwei Kameraden, die als erste die Baracke betreten, schrecken zurück, kaum daß sie drinnen sind: Es wimmelt hier von Flöhen. Niemals zuvor hatte ich so etwas gesehen. Diese wohl seit langem unbewohnte Baracke ist buchstäblich überschwemmt von diesen gräßlichen, stechenden Insekten. Die Deutschen verteilen eine Flüssigkeit, deren Geruch Würgereiz und Tränen hervorruft. Aber die Flöhe werden vernichtet, nicht jedoch die Läuse. Mit denen müssen wir uns schließlich verbrüdern.

„Antreten, marsch, marsch!“ Ansprache des Feldwebels: „Dies Lager ist ein Straßager. Ihr habt bereits am Lagertor das Schild gesehen: Strafkompagnie. Ihr seid Sträflinge, Aufrührer. Ich werde euch kleinkriegen. Versucht gar nicht erst abzuhaue.“ (Bedeutungsvolle Geste mit dem Gewehrkolben.) „Hier kenne ich nur einen Grundsatz: Arbeit. Wenn ihr das begreift, werdet ihr gut behandelt, wie es die Genfer Konvention, die im Lager angeschlagen ist, vorsieht.“

Als ein Kamerad in der ersten Reihe sich zufrieden die Hände reibt, streckt ihn sofort ein Kinnhaken des Feldwebels zu Boden. Was wird nun passieren? Ein Gemurmel in den Reihen. „Schnauze! Maul halten! Hier gibt es keine Kranken, keine Verletzten, keine Drückeberger, keine Medizin, kein Krankenhaus. Dorthin kommt ihr nur mit dem Kopf unter dem Arm. Wegtreten!“

Es gibt weder eine Frühstücks- noch eine Kaffeepause. Wir haben nur die kargen Kekse Marke „Petain“, die uns geblieben sind, ein wenig braunes Wasser zu trinken, für dessen genießbarkeit ich nicht garantieren würde, und suchen dann im Schlaf Vergessen, voll angezogen, auf Holzpritschen liegend, ohne

Strohsack, ohne Decken.

Das Arbeitsamt Flensburg hatte dem Marschenbauamt Husum bereits am 2.10.1939 eine „menschenswürdige Unterbringung der Kriegsgefangenen“ auferlegt und diese anhand der geltenden Vorschriften der Wehrmacht spezifiziert. Danach gehörte zur Ausstattung der Unterkünfte u. a. 1 Strohsack, 1 Strohkopfpolster und 2 Woldecken. Ferner hieß es dort: „Der Unternehmer soll die Kriegsgefangenen mit Menschlichkeit behandeln und sie gegen Gewalttätigkeiten, Beleidigungen und öffentliche Neugier schützen.“⁷

Wozu sind wir eigentlich in diese Sumpflandschaft gekommen?

Der Einsatz der Lagerinsassen stand im Zusammenhang mit Maßnahmen des „Gesamtplans des Marschenbauamtes Husum vom 31.8.1938 zur Neuordnung des Bongsieler Raumes“ mit der Errichtung eines Großschöpfwerkes Bongsiel und dem Ausbau des Bongsiel-Kanals und der Lecker Au. Träger der Maßnahme war der „Deich- und Hauptsielverband Bongsiel“ mit insgesamt 24 Kögen. Das bisherige System der Vorflut und Entwässerung in diesem weiten Gebiet hatte sich längst als „völlig unzulänglich“ erwiesen, da es in den niedrigen Kögen bei längerer Regenzeit oder bei Hochwasser in der Nordsee zu großen Überschwemmungen führte. Im Finanzierungsvorschlag der Gesamtmaßnahme von 10.10.1940 wird als einer der Gründe für diesen Zustand die zunehmende Kultivierung der Geest genannt, die ein zu schnelles Abfließen des Wassers zur Folge habe.⁸ Im Herbst 1939 bereitete das Marschenbauamt den Einsatz polnischer Kriegsgefangener vor. Für den Ausbau der Lecker Au von Leck bis Broweg waren 200 Mann vorgesehen, für die jedoch keine Unterkunft zur Verfügung stand. Am 15.1.1941 endlich forderte der „staatliche Beauftragte für das Grenzgebiet“ in Niebüll vom Marschenbauamt: „Es muß mit allen Mitteln versucht werden, Zivilpolen einzusetzen zur Fortführung der Entwässerungsarbeiten im Grenzgebiet.“⁹ Doch scheinen „Fremdarbeiter“ zumindest im Abschnitt Lecker Au erst mit der Errichtung des Straflagers Broweg zum Einsatz gekommen zu sein.

Man teilt Schaufeln an uns aus, riesige Geräte, mit denen man 6 bis 8 Kilogramm Erde aufnehmen soll, vorausgesetzt, man hat die körperliche Kraft dazu. Ich hatte aber bisher kaum mehr als einen Füllfederhalter in der Hand gehalten. Die Erde ist schwammig-nachgiebig. Die Schaufel dringt recht gut in den Boden ein. Aber wenn man sie heben will, biegt sich der Stiel, das Schaufelblatt bewegt sich nicht oder so wenig, daß man es gurgeln hört wie bei einem Saugnapf. Ein Werkmeister nähert sich: „Aber nein, nicht so!“ Und er zeigt es mir. Ich versuche es mit seiner Technik. Aber nach einer halben Stunde ist mein Erdhaufen kaum gewachsen. Wieder kommt der Werkmeister zu mir: „Was machst Du beruflich?“ „Medizinstudent.“ „Jung, Jung, Jung!“ knurrt er und geht kopschüt-

telnd fort.

Die Arbeit nimmt ihren Fortgang. Eisenbahnschienen werden verlegt. Eine kleine Lokomotive zieht eine Reihe Loren heran, die in immer schnellerem Rhythmus beladen werden müssen.

Die Tonschicht des Boden wurde abgegraben und mit den Loren zu einer Ziegelei transportiert, die bei Niewäi, zwischen Broweg und Leck lag.¹⁰ Zwischen 7.00 und 7.30 Uhr sind wir an der Arbeitsstelle. Gegen 9 Uhr gibt es eine zehnmünütige Frühstückspause. Die Zivilisten und Posten holen aus ihren Taschen Stullen mit Schmalz oder belegt mit Speck und Käse. Aber wir? Nichts! Zum Mittagessen erscheint ein flacher Waggon mit Kanistern, die je 30 Liter Suppe enthalten. Sie wird gierig verschlungen, aus Emailschalen und mit Löffeln, die verziert sind mit dem Hoheitsadler, der das Hakenkreuz in seinen Krallen hält. Diese Suppe bleibt unser tägliches Stammessen. Ihr Grundbestandteil ist Hafermehl, verdünnt mit Milch und Wasser. Sehr selten finden sich darin kleine rote Würfel von Karotten oder Steckrüben. An guten Tagen finden wir kleine, schwammige Lungenstücke in der Schale. Um unsere Verpflegung zu ergänzen, machen wir Jagd auf die zahlreichen Frösche, die vor uns aufhüpfen, auch auf Schnecken. Aber bald verbietet man uns diese Jagd. Heimlich frikassieren wir die Schenkel dieser unschuldigen Tiere weiter mit etwas Margarine, verbotene Früchte, die auch ohne Knoblauch und Petersilie gut schmecken.

Höheren Ortes hat man entschieden, ich sei für die Schaufelarbeit ungeeignet. Man befördert mich zum Schmierer. Mit einer Ölkanne, einer Klistierspritze ähnlich, muß ich die Kugellager der Loren schmieren. Da kommt mir der Gedanke, man könnte dem Öl Sand zusetzen. Das Ergebnis läßt nicht lange auf sich warten: Die Achsen laufen heiß, die Kugellager werden rissig. Auf mich fällt kein Verdacht.

Die Tage vergehen, monoton und erschöpfend. Ich bekomme Kontakt zu einem alten Werkmeister, einem Veteranen des Ersten Weltkrieges. Da ich entsetzlich unter Hämorrhoiden leide, bitte ich ihn, mir aus einer Apotheke Zäpfchen zu besorgen. Ein lateinisch geschriebenes Rezept gebe ich ihm mit. 48 Stunden später bringt er mir triumphierend eine Schachtel mit 18 selbsthergestellten Zäpfchen. Sie werden mir zumindest Erleichterung verschaffen. Der Apotheker, ein sehr alter Mann, wie der Werkmeister mir sagte, hat sie mir geschenkt, da ich ja kein Geld besitze. Der andere Werkmeister, der zusätzlich als Lokführer arbeitet, ist ein ehemaliger russischer Kriegsgefangener von 1914/18. Er wurde eingebürgert und hat eine deutsche Frau geheiratet. Auch er ist kein schlechter Kerl.

Die Atmosphäre verschlechtert sich, sobald ein übergeordneter Werkmeister unvermutet auftaucht und alles zu schulmeistern sucht. Eines Tages fällt er über

einen unserer Kameraden her, schnauzt ihn an und versetzt ihm Schläge in die Seite. Aber er hat sich sein Opfer schlecht ausgesucht, denn dieser Kamerad ist ein guter Boxer. Der verpaßt ihm einen Faustschlag ans Kinn. Der Werkmeister spuckt Blut, brüllt und schreit um Hilfe. Die Posten kommen gelaufen. Einer schießt in die Luft. Alle Kameraden lassen die Schaufeln fallen und bewegen sich auf die beiden Gegner zu. Es ist ein heillooses Durcheinander. Was wird passieren? Die Deutschen haben zwar Waffen. Aber sie stehen einer Menge gegenüber und fürchten, nicht Herr der Lage zu bleiben. So beruhigt sich der Streit, der Oberwerkmeister schluckt seinen Zorn herunter. So unwahrscheinlich es klingt: Er unternimmt keine weiteren Schritte.

Nach der Rückkehr der Arbeitskommandos am Abend befürchten wir das Schlimmste. Aber nichts geschieht. Erst gegen 23 Uhr, als wir bereits eingeschlafen sind, müssen wir antreten zum Strafoxerzieren. Derartige Einlagen kommen wöchentlich drei- oder viermal über uns, davon wenigstens eine nachts. Wir müssen laufen, uns der Länge nach hinwerfen, aufspringen, kehrtmachen, durch die Gräben kriechen, mit dem Kopf völlig untergetaucht. Die einen halben Hektar große Fläche ist morastig und mit Kuhfladen übersät. Das Exerzieren dauert eine Dreiviertelstunde, mitunter auch bis zu 1 7/2 Stunden und ist begleitet von Schlägen, Anbrüllen und scharfen Pistolenschüssen durch den Feldweibel. Wir rennen und haben Angst, daß er uns in die Nieren springt, wenn er meint, daß wir nicht flach genug auf dem Bauch liegen. Oder er tritt uns den Kopf mit seinem Stiefel ins Wasser, drückt uns den Stacheldraht fest in den Nacken.

Artikel 2 der Genfer Konvention verbietet Mißhandlung und Vergeltungsmaßnahmen gegen Kriegsgefangene. Art. 46 untersagt ausdrücklich körperliche Strafen. Die Einrichtung eines Straflagers, das offiziell auch als „Sonderkompanie“ bezeichnet wurde, dürfte außerdem gegen den Art. 82 verstoßen haben, der eine Sonderbehandlung von Kriegsgefangenen verbietet. Brutale Behandlung französischer und belgischer Kriegsgefangener im STALAG wie auch in einzelnen Arbeitskommandos auf dem Lande ist in den Visitationsberichten mehrfach belegt. In einem Schreiben vom 18.09.1992 äußerte sich Dr. Gauthier bezüglich des Lagerführers: „...schoß dieser häufig auf die Häftlinge, um sie zu zermürben, zu erniedrigen und zu peinigen bis zur Erschöpfung und oft zur Ohnmacht.“

Das ist so qualvoll, daß nach zwei oder drei Wochen einer unserer belgischen Kameraden zusammenbricht. Er heißt Cadet. Er kommt zu mir und sagt: „Weißt Du, ich ertrage das nicht mehr. Wir werden hier verrecken. Ich werde mir eine Verletzung beibringen, um von hier wegzukommen.“ Ich versuche, ihn davon abzuhalten, male ihm die möglichen Folgen, die bleibenden Schäden aus. Doch

vergebens. Am nächsten Tage legt er seine Hand unter eine heranrollende Lore. Sofort werde ich gerufen, denn ich trage eine Armbinde mit dem Roten Kreuz, da ich als Krankenpfleger ausgebildet bin. Die Untersuchung ergibt: Quetschung der Mittelhandknochen und der Sehnen. Die Wunde blutet und ist verschmutzt. Ich sage dem Feldwebel, der Mann müsse unbedingt in ein Krankenhaus. Aber er weigert sich und bemerkt: „Du wirst ihn sehr gut pflegen. Er wird schon wieder heil.“ Leider besitzt das Lager nur eine dürftige Sanitätsausstattung: Papierbinden, Zellstoffkompressen, Baumwolltücher, Antiseptische Tinktur, Pillen gegen Bronchitis, Prontosil und Tabletten gegen Durchfall. Ich säubere also die Wunde und verbinde sie mit Papier. Es tritt erstaunlicherweise keine Infektion ein. Nach einem Monat ist die Wunde fast verheilt. Die Funktion der Hand bleibt freilich eingeschränkt.

In dem Maße, wie die Zeit verstreicht, bessert sich die Moral keineswegs. Die seltenen Nachrichten, die uns zu Ohren kommen, sind immer „Sondermeldungen“ über die unaufhörlichen Siege der deutschen Truppen. Der Arbeitsrhythmus beschleunigt sich und ruft Erschöpfung hervor. Post gibt es nur selten und wird offenbar nicht gerne ausgeteilt. Ich habe später nicht einen einzigen der Briefe wiedergesehen, die ich in dieser Zeit geschrieben hatte, obwohl meine Eltern alle meine Briefe stets sorgfältig aufbewahrt haben.

Art. 57 der Genfer Konvention bestimmt, daß auch Kriegsgefangene im Strafvollzug Briefe schreiben und empfangen dürfen.

Wir graben den ganzen Tag eine Art Kanal, der schließlich ungefähr 3 m Breite erreicht. Der Abraum wird in die Loren geschüttet. In dem freigeschaufelten Grund sammelt sich Wasser und steigt schnell auf 30 oder 40 cm an. Und in dem Maße, wie die Erdmassen sich türmen, rutschen sie durch das zunehmende Gewicht wieder zurück, so daß wir von vorne anfangen müssen. Steckt dahinter etwa eine Absicht? Das häufige, lange und unangekündigte Strafexerzieren verschlimmert die Lage noch. Es ist demoralisierend, und selbst die Widerstandsfähigsten haben Augenblicke, in denen ihnen alles sinnlos erscheint.

Dies gilt besonders für einen polnischen Kriegsgefangenen in unserem Lager, dessen Moral so angegriffen ist, daß uns sein Verhalten Sorgen macht. Er isoliert sich, spricht mit niemandem, nimmt die Fotos seiner Frau und seiner Kinder heraus, küßt sie, weint und will sich nicht trösten lassen. Er ist derart niedergeschlagen, daß der Feldwebel einsieht, daß er wirklich für keine Arbeit mehr zu gebrauchen ist. Er läßt ihn allein im Lager, weil er ihn wohl für verloren hält.

Später habe ich erfahren, daß er polnischer Jagdflieger bei der Royal Airforce war und bei einem Luftangriff auf Deutschland abgeschossen wurde. Für uns ist er der Max.

Eines Tages, als Max wieder allein im Lager geblieben ist und umherwandert, geht er durch das offene Tor hinaus. Er versucht nicht zu fliehen, er ist lediglich in Gedanken versunken. Schon bald kehrt er ins Lager zurück. Da führt der Feldwebel ihn an einen Holzstapel. Was das bedeutet, wissen wir. Er wird hinter dem Ohr von der Pistolenkugel getroffen. Ich habe selber das Einschußloch gesehen. Sein Leichnam wird im Lager auf eine Leiter gelegt und bleibt, für jeden sichtbar, auf Befehl des Feldwebels drei Tage lang draußen liegen. Wir müssen im Laufschrift über die Leiche hinwegspringen, womit uns bedeutet werden soll, daß jede Flucht unmöglich ist und jeder Versuch mit dem Tode bestraft wird. Dieser Vorfall erzeugt eine bedrückte Stimmung, denn hier handelt es sich eindeutig um Mord.

Ein anderes Ereignis hatte ebenfalls Folgen. Wir arbeiten normalerweise sonntags nicht. Statt dessen erhalten wir abends immer unsere „Streicheleinheiten“, mehr oder minder gemein, je nach dem Grad der Trunkenheit des Feldwebels. Diese Abende waren wahrhaft teuflisch.

Eines Samstagabends hören wir zufällig, wie ein benachbarter Bauer für den Sonntag Gefangene zum Lein-Ziehen (Flachsernte) anfordert. Unter Berufung auf die Genfer Konvention, deren Text im Lager aushängt, verweigern wir die Sonntagsarbeit. Die Folge ist: „In Linie antreten, marsch, marsch!“ Ansprache des Feldwebels: „Morgen ist Sonntag. Die Sonne scheint. Da hab' ich mir gedacht, ein Spaziergang würde euch gefallen. Hübsche Blumen könnt ihr pflücken.“ Das Ganze ist eine zwielichtige Sache. Wir sind sicher: Wenn das Wehrkreiskommando erfährt, was für Geschäfte der Kommandoführer da mit Zivilisten betreibt, kommt der erstmal ins „Loch“ und anschließend an die Front, wovor die Wachmannschaft am meisten Angst hat.

Anscheinend haben sich die Gefangenen auf den Artikel 30 der Genfer Konvention berufen: „Die tägliche Arbeitszeit der Kriegsgefangenen, einschließlich des Hin- und Rückmarsches, hat nicht übermäßig zu sein und keinesfalls diejenige zu übersteigen, die für Zivilarbeiter der betreffenden Gegend bei der gleichen Arbeit zulässig ist. Jedem Kriegsgefangenen ist wöchentlich eine Ruhe von 24 aufeinanderfolgenden Stunden, vorzugsweise sonntags, zu gewähren.“

Ich mache mich stark und ermutige die Kameraden, die Sonderschicht zu verweigern. Am Sonntagmorgen dann: „In Linie antreten! Stillgestanden! Rechts um, marsch!“ Niemand rührt sich. „Was! Befehlsverweigerung? Na, wir werden schon sehen!“ Eine Tonlage höher das gleiche Kommando und die gleiche Wirkung. Dann fliegt der Funke ins Pulverfaß. Die Posten werden herbeigerufen, die Waffen durchgeladen. Unser Dolmetscher ergreift das Wort: „Herr Feldwebel, heute ist Sonntag. Nach der Genfer Konvention ist Sonntagsarbeit verboten.“

Der Text hängt im Lager aus. " Seine Wut steigert sich. „Konvention? Ich schieß drauf! Ihr könnt mich mal! Ich bestimme hier! Ungehorsam gibt es hier nicht!“ Nun trete auch ich vor: „Herr Feldwebel, ich bin Sanitäter und als solcher von der Genfer Konvention geschützt...“ Er unterbricht mich: „Du, hau ab in deine Baracke, und kein Wort mehr! “

Es sind 6 oder 8 Leute von der Wachmannschaft da. Die Verweigerer werden mit vorgehaltenen Schußwaffen letztmalig gewarnt. Vielleicht hätten sie ja nicht geschossen, aber diese Leute sind unberechenbar. Jeder denkt an Max. Daher machen die Kameraden „Rechts um “ und gehen aufs Feld, alle außer mir. Natürlich hatten sie bei der Rückkehr blutige Hände, und trotzdem: wieder gibt es die „Streicheleinheiten“ und zwar vom besten. Ich werde zusätzlich bestraft: Ich muß den ganzen Nachmittag auf einem Ziegelstein in der Sonne strammstehen. Wie lange? Ich weiß es nicht mehr. Aber ich verliere mehrmals das Gleichgewicht.

Alles kommt heraus, in Deutschland wie anderswo. Auch dieses Vorkommnis muß bis zum Oberkommando durchgesickert sein. Zweifellos im Zusammenhang damit müssen wir zwei Tage später eine Razzia durch die Abwehr über uns ergehen lassen. Wir müssen antreten, nachdem wir unsere Sachen gepackt und die Unterkünfte gereinigt haben. Wir freuen uns schon in der Annahme, diese ungastliche Stätte nun verlassen zu dürfen. Doch nach einer Stunde erscheint ein feldgrauer Mercedes, gefolgt von zwei Lastwagen, von denen wohl zwei Dutzend bewaffnete Soldaten herabspringen. Was wird nun geschehen? Sie werden uns doch nicht alle erschießen? Nein, wir müssen uns lediglich ausziehen und werden gefilzt. Noch rechtzeitig kann ich das NS-Parteiabzeichen zertreten, das ich während meiner Flucht getragen und bis jetzt behalten hatte. Unglaublich, was so eine Durchsuchung alles zutage fördern kann: Karten, Kompaß, falsche Ausweise, Reichsmark.

Ich habe in meiner Brieftasche Fotos meiner Eltern und meiner Verlobten, sowie ein Bildnis der Jungfrau Maria. Der Feldwebel fragt: „Was ist das?“ „Ein Marienbild.“ „Was soll das? Wozu braucht man das?“ „Zum Beten.“ „Zum Beten? Alles Quatsch! “ dazu grobes Gelächter. Das Bild wird zerrissen und auf den Boden geworfen, die Fetzen mit Füßen getreten.

Alles endet so schnell, wie es begonnen hat. Abends gibt es die übliche Prügel-sitzung. Der Feldwebel hat wohl einen Rüffel erhalten, weil man bei der Filzung immer noch Karten, Geld und andere verbotene Gegenstände gefunden hat. Nach drei oder vier Tagen heißt es plötzlich wieder „Antreten!“ mit unseren Habseligkeiten. Lastwagen kommen, wir müssen aufsteigen und finden uns endlich an der Elbe wieder, in Veddel bei Hamburg. Dort stehen wir vor einem netten Arbeitslager. Alles riecht angenehm und frisch nach Kiefernholz. Wir sollen 14 Tage lang beim Einschalen neuer U-Bootbunker helfen. Eine normale

Gefangenschaft beginnt. Der Alptraum ist vorbei!

„Russenslager“ Broweg

So endete die Geschichte des „Straflagers Broweg“. In die Baracken zogen sowjetische Kriegsgefangene ein, um die Arbeit ihrer Vorgänger fortzusetzen. Die Einrichtung galt nun nicht mehr als Straflager, aber die unmenschliche Behandlung, wie Franzosen und Belgier sie als *S t r a f e* erdulden mußten, war für sowjetische Kriegsgefangene in deutschen Lagern *N o r m a l i t ä t*. Das entsprach der im Dritten Reich herrschenden Ideologie, nach der die Völker der Sowjetunion als „minderwertige Elemente“ galten. Bereits am 30. März 1941 hatte Hitler vor den versammelten Generalen Beweggründe und Ziele des beschlossenen Krieges formuliert: „Bolschewismus ist gleich asozialem Verbrechen. Kommunismus ungeheure Gefahr für die Zukunft. Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad. Es handelt sich um einen Vernichtungskampf. ..“¹² Zeitzeugen erinnern sich, welche Form eine derartige Menschenverachtung in dem Lager an der Lecker Au annahm.¹³

Die Gefangenen verließen auf dem Bahnhof Lindholm die Viehwaggons und marschierten in ihr Lager. Die durch den Ort wankenden, scharf bewachten Elendsgestalten „wirkten auf uns eher wie Tiere.“ Wie tief eine Mischung aus Angst und Haß vor diesen „Untermenschen“ in der Bevölkerung steckte, kann man ermessen, wenn Zeitzeugen berichten: „Wir waren vor ihnen so bange, daß wir nur durch den Türspalt zu gucken wagten.“ Einem neugierigen Jungen gelang ein Blick ins Lager: „In jeder Baracke links und rechts vom Gang hölzerne Pritschen dreifach übereinander, dürftiges Heu als Unterlage, eine Decke zum Zudecken.“ Als Schachtmeister bei der Arbeit an der Lecker Au war Karsten Sörensen aus Lindholm eingesetzt. Er und andere Zeugen waren erschüttert über den Zustand dieser Menschen: „Die Körper der Inhaftierten hatten bereits bei der Ankunft kaum Widerstandskraft.“ „Sie waren sehr mager, weil sie nicht genug zu essen bekamen.“ Fische, die sie bei der Arbeit fangen konnten, verzehrten sie roh. „Karsten Sörensen hat abends manchmal nichts essen können, obwohl er einen Teil seiner täglichen Ration an diese bedauernswerten Menschen abgegeben hatte, weil ihm deren Zustand widerstrebte und auf den Magen geschlagen war.“

Von den ohnehin zu knappen Lebensmitteln zweigten Wachsoldaten noch manches ab für sich und ihre Familien. Und Christian Chr. eignete sich beispielsweise einmal einen ganzen Eimer Marmelade an, der den Gefangenen entzogen worden war. Erst als die Gefangenen körperlich so heruntergekommen waren, daß sie zur Arbeit nicht mehr taugten, veranlaßte Landrat Fröbe für sie 14 Tage

Ruhe.

Nach der schweren Tagesarbeit wurden die Gefangenen in die Wassergräben gejagt. Wenn sie nicht tief genug eintauchten, wurde mit scharfer Munition über sie hinweggeschossen, um ihnen Todesangst einzujagen. Wie oben berichtet, hatte Lagerführer Kring diese Methode bereits gegenüber den französischen Gefangenen angewendet. Einer der sowjetischen Gefangenen unternahm aus Verzweiflung einen Fluchtversuch. Er wurde wieder ergriffen und an einem der Deiche erschossen.

Bald gab es im Lager vereinzelte Todesfälle. Die Leichen wurden anfangs in einer Holzkiste transportiert, die nach jeder Bestattung zur Wiederverwendung zurück ins Lager gebracht wurde. Dann dienten Papiersäcke zur Umhüllung der Leichen. Als die Krankheit den Charakter einer Epidemie angenommen hatte, wurde ein Massengrab ausgehoben, die Leichen ohne Umhüllung hineingeworfen und mit Chlorkalk bestreut. Den Leichentransport besorgte Christian Chr. mit seinem Pferdegespann, begleitet von einem Posten und einem oder mehreren Gefangenen. Der Weg führte durch das Dorf und unmittelbar an der Lindholmer Kirche vorbei. Wie es heißt, habe Pastor Behnke ein Begräbnis auf dem Gemeindefriedhof verhindert („...denn er war ein großer Nazi“). Etwa hundert Meter weiter befand sich ein Wäldchen mit einer kleinen Lichtung, auf der die Bevölkerung die an Milzbrand krepierenden Tiere zu vergraben pflegte. Respektlos hielt man eben diese Stelle, in unmittelbarer Nähe des heutigen Guttempler-Heimes, für geeignet, um die sowjetischen Kriegsgefangenen zu verscharren. Pastor Behnke konnte sich bei seinem Verhalten auf eine Anweisung des Landeskirchenamtes in Kiel stützen. Darin wurde den Kirchengemeinden eine Verfügung des Oberkommandos der Wehrmacht vom 29.7.1941 zur Befolgung übermittelt, die die Beerdigung toter Kriegsgefangener regelte. Darin hieß es, tote Kriegsgefangene, bei denen man ein christliches Bekenntnis nicht voraussetzen konnte, was man bei Sowjetsoldaten für gegeben hielt, sollten in schlichter, würdiger Form beigesetzt werden. Das Landeskirchenamt aber fügte aus freien Stücken als Nachsatz hinzu: „Wir betonen ausdrücklich, daß sich diese Regelung nicht auf sowjetische Kriegsgefangene bezieht... gez. Dr. Gieseвиус.“¹⁴

Ursache für das Sterben von mindestens einigen Dutzend Insassen des Lagers an der Lecker Au war Fleckfieber, das sich unter den körperlich und seelisch äußerst geschwächten Menschen rasch ausbreiten konnte. Die Krankheit dürfte durch Kleiderläuse eingeschleppt worden sein. Schon die französischen und belgischen Gefangenen hatten, wie berichtet, unter der Läuseplage zu leiden gehabt. Da die sowjetischen Gefangenen auch hinsichtlich der Hygiene und ärztlichen Versorgung stark vernachlässigt wurden, traten Fleckfieberfälle und Epidemien in vielen Teilen Schleswig-Holsteins auf. In einer Mitteilung des

Staatlichen Gesundheitsamtes Flensburg vom 5.2.1942 bezüglich eines Lagers in Flensburg-Weiche heißt es: „Von den Ärzten der Lagerkommandantur in Schleswig hat sich seit Auftreten der Fleckfiebererkrankung - soweit dem Lagerarzt bekannt - keine Person um die Angelegenheit bekümmert.“¹⁵ Mit einem solchen Verhalten brachte man auch das deutsche Wachpersonal und die Bevölkerung in Gefahr.

Im Lager Broweg griff die Seuche auch auf die Wachmannschaft über. Am 28.2.1942 wurden aus dem „Gefangenenlager Browej b. Leck“ der Wachsoldat Theodor de Venn und am 2.3.1942 der Unteroffizier Otto Grothe mit Fleckfieber in das Reservelazarett Flensburg eingeliefert. Am 7.3.1942 folgte Peter Erichsen, und am 9.3.1942 wurde mitgeteilt, „daß bei Kring, Peter,... Fleckfieber klinisch sicher sei.“ Bei letzterem dürfte es sich um den Lagerführer gehandelt haben. 1945 wurde auf dem „Russenfriedhof“ ein kleines Kreuz aus Eisen aufgestellt, und Peter Nissen aus Lindholm fügte eine Tafel hinzu, versehen mit einem Sowjetstern und der Inschrift: „Opfer des unsinnigen Krieges.“ Wenige Jahre danach wurden diese Toten „exhumiert“, was in diesem Falle hieß, sie wurden nicht etwa sorgfältig und respektvoll ausgegraben, sondern mit einem Bagger roh herausgehoben. Wie es heißt, sollen sie nach Gudendorf bei Meldorf überführt worden sein, wo über 3000 sowjetische Kriegsgefangene zwar namentlich ungenannt begraben liegen, aber eine sehr würdige Gedenkstätte gefunden haben.¹⁶

Anmerkungen

1. Die Übersetzung ins Deutsche besorgte Volker Klick, Gymnasium Kaltenkirchen.
2. Die Erläuterungen stützen sich hauptsächlich auf die Visitationsberichte, die die französische „Mission Scapini“ in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Roten Kreuz über die Ergebnisse ihrer Kontrollbesuche im Stammlager XA und dessen Arbeitskommandos mit französischen und belgischen Kriegsgefangenen anfertigte, im folgenden abgekürzt mit „Vis. Ber.“ Kopien befinden sich in meinem Besitz. Siehe dazu: Rolf Schwarz. Das Stammlager XA; in: Verschleppt zur Sklavenarbeit. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein. Hrsg. G. Hoch u. R. Schwarz. 2. Aufl. Alveslohe & Rendsburg 1988, S. 29-58. Weitere Quellen: Landesarchiv Schleswig (abgek. „LAS“) mit den Abteilungen 721, Nr. 5886; Abt. 734,3 Nr. 780 und Abt. 309, Nr. 35057.
3. Rolf Jacobs. Zur Geschichte des Schleswiger Anstaltswesens für geistig und seelisch behinderte Kinder und Jugendliche auf dem Hesterberg; in: 150 Jahre Landeskrankenhaus Schleswig. Sonderdruck Schleswig 1970, S.38ff.
4. Vis. Ber. v. 3.7.1941 u. 28.7.1941.

5. Entsprechende Eintragungen seitens der Gemeinde Treia finden sich auf einem Fragebogen, den die belgische Regierung im Juli 1952 über die Landesregierung an alle Gemeinden in Schleswig-Holstein gerichtet hatte. Siehe Verschleppt zur Sklavenarbeit, S. 150 u. 165.
6. LAS, Abt. 309, Nr. 35057.
7. LAS, Abt. 734.3, Nr. 780.
8. LAS, Abt. 721, Nr. 5886.
9. LAS, Abt. 734.3, Nr. 780.
10. Auskunft E. Nissen, Lindholm, Dez. 1993.
11. Vis. Ber. v. 22.10.1940.
12. Zitiert nach Christian Streit. Sowjetische Kriegsgefangene in deutscher Hand, in: Verschleppt zur Sklavenarbeit, S. 69-76; vgl. Streit. Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945. Stuttgart 1978 und Alfred Streim. Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im Fall „Barbarossa.“ Heidelberg 1981.
13. Für Informationen danke ich den Zeitzeugen Engelbert Nissen, K. A. Kruse, Herrn Sönnichsen und Johannes Namanny aus Lindholm, sowie Hans Nissen aus Stedesand. Sehr hilfreich war die Mitwirkung von Sönke Namanny, dem Lindholmer Chronisten, und Pastor Spießwinkel aus Lindholm. Verwendung fand auch das „Tagebuch der Clara Sörensen“, Lindholm. (Befragungen Dezember 1993 u. Februar 1994).
14. Ein Exemplar dieses Schreibens befindet sich im Archiv der Kirchengemeinde Kaltkirchen unter der Signatur II, 10,181.
15. LAS, Abt. 309, Nr. 35057.
 16. Unterlagen über diese Exhumierung gibt es weder in der Gemeinde und Kirchengemeinde Lindholm, noch im Innenministerium, dem Nordelbischen Kirchenamt und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Zu Gudendorf siehe G. Hoch. Erweitertes Krankenrevier Heidkaten; in: Verschleppt..., S. 77-99, S. 92f.

Der Löwe in Flensburg

Berichterstattung der deutschen Grenzlandpresse über die Ausstellungseröffnung

Im Grenzfriedensheft 4/1993, S. 268-272, berichtete Günter Weitling über die Eröffnung der Ausstellung „Isted-Løven – Der Flensburger Löwe“ im Sonderburger Schloß; Weitling führte knapp in die Ausstellung ein und stellte Überlegungen darüber an, ob das „Ende eines Mythos“ gekommen sei. Im selben Grenzfriedensheft (S. 297-299) besprach Jørgen Kühl die umfangliche Begleitpublikation zur Ausstellung in ihrer dänischsprachigen Fassung (zur deutschen Version siehe „Buchbesprechung“ im vorliegenden GFH). Am 23. Januar 1994 wurde nun die von dänischen und deutschen Museumsfachleuten gemeinsam geschaffene Ausstellung im Städtischen Museum Flensburg eröffnet. Für den Lokalteil des Flensburger Tageblatts berichtete der Journalist Gerhard Nowc (gdn) über dieses Ereignis. Im Nordschleswiger zeichneten seine Fachkollegen Ulrich Küsel (uk) und Volker Heesch (hee) für die Berichterstattung verantwortlich.

Wir dokumentieren im folgenden die Berichterstattung des Flensburger Tageblatts und des Nordschleswiger. Die Texte sprechen für sich.

Die Redaktion

Start der „Löwen“-Schau

Fast 400 Besucher bei Ausstellungs-Eröffnung / Begrenzter Beifall für Rückkehr-Vorschläge

(gdn). Mit überraschend großem Besuch ist gestern mittag die Ausstellung „Der Isted-Löwe“ im Städtischen Museum eröffnet worden. Immer noch wecke dieses Denkmal ungeheuer starke Emotionen, stellte Landes-Kultusministerin Marianne Tidick fest und appellierte: „Lassen Sie uns das Besondere dieses Kapitels abschließen.“ Mit demonstrativem Verzicht auf Beifall reagierte allerdings ein Teil der fast 400 Besucher auf die Vorschläge, den „Isted-Löwen“ aus Kopenhagen zu holen und in Flensburg aufzustellen. „Willkommen auch Du, Löwe“, meinte Stadtpräsident Peter Rautenberg während seiner Begrüßung im Orchesterprobenraum der ehemaligen Nikolaischule. Die von Hermann W. Bissen geschaffene Skulptur sei ein „Lecker-Bissen.“ Die Anwesenheit von Marianne Tidick und der dänischen Kulturministerin Jytte Hilden wertete Rautenberg als Signal für ein grenzüberschreitendes Kulturereignis. Er stellte die Ministerinnen-Präsenz ins Zeichen des Löwen: „Die Schönen und das Biest.“

Mit der gemeinsam erarbeiteten Ausstellung hätten die Museumsleute beiderseits der Grenze ein Fundament geschaffen, auf dem weitere Konstruktionen geschaffen werden könnten, lobte Marianne Tidick. Jytte Hilden meinte, der „Idstedt-Löwe“ könne wie alle Kunstwerke provozieren und inspirieren. Die Zusammenarbeit der Museen könne eine Antwort auf die Standortfrage bringen. Die Ausstellung sollte Anfang einer Reihe gemeinsamer Projekte deutscher und dänischer Museen und Kulturinstitute sein.

Sachlich schilderten der Leiter des Städtischen Museums Flensburg, Dr. Ulrich Schulte-Wülwer, und Inge Adriansen, Inspektorin des Schloßmuseums Sonderburg, Geschichte sowie Symbolgehalt des „Löwen“ für Deutsche und Dänen im Grenzland. Beide Redner verwiesen auf das Denkmal als Zeichen dänischen Sieges 1850 über die deutschgesinnten Schleswig-Holsteiner sowie deren Demütigung – symbolisiert auch durch den Standort Alter Friedhof sowie durch die enorme Höhe der Skulptur von einst acht Metern mit Sokkel. Symbol deutschen „Hochmuts“ sei das Aufstellen des Löwen als Siegestrophäe in Berlin nach dem preußisch-österreichischen Sieg über das dänische Heer gewesen.

Zur Standortfrage meinte Ministerin Tidick, in Flensburg liege der Schlüssel zur „Translozierung“ – sie wolle bewußt nicht das Wort „Rückkehr“ benutzen, das den Platz auf dem Alten Friedhof einschließe. Dieser Schlüssel sei nur umzudrehen, wenn alle Beteiligten die Bereitschaft dazu hätten. Eine einwandfreie Lösung der Standortfrage wäre ein weiteres Beispiel für die Modellhaftigkeit dieser europäischen Grenzregion.

Auch wenn „der Bissen einigen im Halse steckenbleibt“, nannte der Stadtpräsident den Platz vor dem Museum als Standort. Dieter Küssner beantwortete die Standortfrage unumwunden aus dänischer Sicht: Ein Symbol dafür, daß der Zwist einstiger Kriege endgültig begraben sei, könne der Löwe werden – wenn er auf dem Alten Friedhof und auf seinem Sockel stehe.

Die Zeitung der dänischen Minderheit, Flensburg Avis, hatte in ihrer Sonnabendausgabe ein Gedicht veröffentlicht, in dem Verfasser Gerhard Ernst für den „Löwen“ dichtet: „Unerschütterlich stehe ich wachsam in erhöhter Ruhe, während ich auf meinem Hinterteil ruhe und wie eine Milchkuh die ganze Grenzlandssache widerkäue.“

Flensburger Tageblatt, 24.1.1994

Bei Einigung über Ildstedt-Löwen gibt Grenzregion sich wieder modellhaft
*Kulturministerinnen aus Kopenhagen und Kiel eröffneten Ausstellung in Flensburg
/ Jytte Hilden: Löwe beweist, welche „Störung“ Kunst erzielt / Marianne Tidick regt
Löwen-„Translozierung“ an*

(-uk-/hee) FLENSBURG. In Anwesenheit der dänischen Kulturministerin Jytte Hilden (Soz.) und ihrer schleswig-holsteinischen Kollegin Marianne Tidick (SPD) wurde gestern im Städtischen Museum Flensburg die Ausstellung „Der Ildstedt-Löwe – ein nationales Denkmal und sein Schicksal“ eröffnet. Dabei unterstrich Marianne Tidick in ihrer Ansprache unter Anspielung auf die andauernde Diskussion in der Fördestadt, daß man „das Besondere dieses Kapitels abschließen“ solle. Eine Einigung in dieser lange strittigen Frage wäre „ein weiteres Beispiel für die Modellhaftigkeit dieser europäischen Grenzregion“. Sie meinte, es sei Kompromißbereitschaft auf deutscher und dänischer Seite erforderlich, dabei gelte, daß Denkmäler Ausdrücke des jeweiligen Zeitgeistes seien. Sie plädierte dabei für eine einvernehmliche Lösung, ein Expertenkreis solle sich mit der Frage der Plazierung des Ildstedt-Löwen befassen. Der Schlüssel zur „Translozierung“ des Denkmals liege in Flensburg, unterstrich die Ministerin, die dabei eine Plazierung im Bereich des Flensburger Museums anstelle seines Platzes auf dem Alten Friedhof, dort stand das Denkmal 1862 bis 1864, anregte. Die dänische Kulturministerin Jytte Hilden (Soz.) ging in ihrer Ansprache nicht auf Fragen wie die Plazierung des Ildstedt-Löwen ein, sie würdigte in ihren Ausführungen aber, daß die politischen Streitigkeiten, die mit dem Denkmal verknüpft waren, der Vergangenheit angehörten. Sie nannte es ein positives Zeichen, daß ein Kunstwerk wie der Ildstedt-Löwe so „viel Störung schaffen“ könne. Diese Störung sei allerdings weniger auf den künstlerischen Wert des Ildstedtlöwen zurückzuführen. Dafür sei sein symbolischer Wert verantwortlich. „Der Löwe repräsentierte etwas für Dänen und Deutsche. Er repräsentierte Siege und Niederlagen, Hochmut und Übermut“, so die Ministerin – ein Schicksal, daß eigentlich jedem Kunstwerk zukommen sollte – jeder Skulptur, jedem Bild und jedem Film.

Die Kulturministerin hob hervor, daß der Löwe - trotz allem - den Katalysator darstelle, wenn „wir auf einer Ausstellung wie der diesen versuchen, uns auf die zeitgeschichtlichen Umstände des Monumentes und die damaligen Begebenheiten zuzubewegen“.

Abschließend meinte Jytte Hilden: „Ich hoffe, diese Ausstellung ist nur die erste in einer ganzen Reihe von Projekten der Zusammenarbeit zwischen deutschen und dänischen Museumsleuten. Sie nannte dabei das Jubiläumsjahr 1995, wenn auf die Abstimmung und Abtretung Nordschleswigs 1920 zurückgeblickt wird.“

Nordschleswiger, 24.1.1994

Andauernde Odyssee des Idstedt-Löwen noch lange nicht abgeschlossen
Flensburger Zielrichtung: Bissen-Statue als Teil einer stadthistorischen Sammlung Dänische Minderheit fordert Aufstellung der Statue in voller Größe am Ursprungsort

(-uk-) FLENSBURG. „Hier gibt es keine Siegesfeier und keinen Grabgesang, sondern eine kritische geschichtliche Betrachtung des Künstlers Hermann Wilhelm Bissen, der Entstehung des Löwen und seiner gar nicht listenreichen Odyssee, die möglicherweise noch nicht abgeschlossen ist“, hat der Flensburger Stadtpräsident Peter Rautenberg (SPD) während der Eröffnung der Ausstellung „Der Idstedt-Löwe – ein nationales Denkmal und sein Schicksal“ in Flensburg erklärt.

„Der Flensburger Löwe gehört nach Flensburg“, meinte Rautenberg über die 1862 geschaffene Statue, die bis 1864 auf dem Alten Friedhof in Flensburg stand und sich seit 1945 im Hof des Zeughausmuseums in Kopenhagen befindet.

„Wie in Hadersleben Kaiser Wilhelm vom Marktplatz über einen Irrweg zum Museum kam, sollte Bissens Löwe seinen endgültigen Standort auf dem Platz vor diesem Museum erhalten. Er wäre damit entkleidet vom Mythos des 19. Jahrhunderts. Niemand von uns wünscht sich die Verhältnisse jener Zeit zurück.“ Die Frage, ob der Löwe Sieges- oder Grabdenkmal sei, beantwortete Rautenberg mit: „geschichtliches Kunstdenkmal“. „Die Einbindung“ der umstrittenen, knapp vier Meter hohen Statue „in eine stadthistorische Sammlung, in der – wie in Hadersleben – nationale Gegensätze gezeigt und erläutert werden, trüge zu einer Entemotionalisierung bei“.

Der Löwe dürfe nicht länger die Laus im Pelz der sonst beispielhaften Beziehungen zwischen der deutschen Mehrheit und der dänischen Minderheit bleiben, meinte Rautenberg. Viele Befürworter wie auch Gegner einer „Heimkehr“ würden „den Flensburger Löwen in Flensburg“ als „eine Attraktion“ ansehen.

„In der Ratsversammlung wurde noch kein Antrag zur Rückkehr des Standbildes gestellt. Das sollte auch so bald nicht geschehen“, sagte der Stadtpräsident. „Der Löwe darf kein Wahlkampfthema sein. So ist die Zukunft des Löwen weiter ungewiß.“

Der Idstedt-Löwe muß „wieder auf einen Sockel auf den Alten Friedhof“, forderte der Vorsitzende des „Sydslesvigs Museumsforening“, Dieter Küssner, Flensburg, im Unterschied zu Rautenberg. Damit würde das Monument eine Höhe von rund acht Metern erreichen. An seinem Ursprungsort „kann der Löwe symbolisieren, daß der alte Zwist begraben ist“, meinte Küssner, zumal die Statue seit 1862/1864 „eine Signalwirkung der schlechten Nachbarschaft“ gegeben habe.

„Es gibt Ereignisse und Denkmäler aus dänischer Zeit“ der Herzogtümer Schleswig und Holstein, „die die Mehrheitsbevölkerung nicht schätzt“, räumte Küssner ein. Es sei aber legitimes Recht der dänischen Minderheit, dänische

Kulturgeschichte zu vermitteln. Dies liege auch im Interesse der schleswig-holsteinischen Landesregierung. „Auch die deutsche Minderheit in Nordschleswig genießt dieses Recht.“ Erst in heutiger Generation sei nach zwei Kriegen und einer Volksabstimmung „ein anständiges Nachbarschaftsverhältnis“ entstanden. Dazu gehöre es auch, das Geschichtsbild des deutsch-dänischen Grenzlandes differenziert darzustellen.

„Der Idstedt-Löwe hat – ebenso wie alle anderen nationalen Monumente – keinen bestimmten Symbolwert, sondern lediglich den Inhalt und die Botschaft, die ein jeder Betrachter aus ihm herauszulesen meint“, sagte Museumsinspektorin Inge Adriansen, Sonderburg. Aus Sicht der Kunsthistoriker sei seine Bedeutung „nicht eindeutig festzulegen“. Adriansen plädierte für eine Lösung „gern im Licht der positiven Entwicklung der letzten Jahre“ und begrüßte den Vorschlag der schleswig-holsteinischen Kultusministerin Marianne Tidick (SPD), die ein grenzüberschreitendes Symposium mit Fachleuten aus historischen Institutionen und Vereinigungen zur Bestandsaufnahme, Bedeutung und Symbolwert der nationalen Denkmäler angeregt hatte. „Dabei sollte man gleichzeitig über entfernte deutsche Denkmäler in Nordschleswig reden.“

„Ich möchte den Löwen gerne wiederhaben als ein Stück Flensburger Stadtgeschichte, jedoch gebrochen in seiner ideologischen Bedeutung“, zeigte Museumsdirektor Dr. Ulrich Schulte-Wülwer, Flensburg, eines der Ziele einer künftigen stadthistorischen Sammlung des Städtischen Museums auf, nachdem er auf die Geschichte der Bissen-Statue eingegangen war.

Der Idstedt-Löwe könne ebenso wie beispielsweise das Deutsche Haus – 1929 in Flensburg als „Reichsdank für deutsche Treue“ errichtet, so eine Inschrift in dessen Foyer – „deutlich machen, wie ernsthaft und nachdrücklich uns die Geschichte hier alle geprägt hat“.

Schulte-Wülwer sprach sich zugleich für eine Fortsetzung der deutsch-dänischen Museumszusammenarbeit-Städtisches Museum Flensburg, Museum Schloß Sonderburg, „Sønderjyllands Kunstmuseum“, Tondern, und „Sydslesvigs Museumsforening“ der dänischen Minderheit – aus, um bis 1995 zum 75. Jahrestag der Volksabstimmung von 1920 eine gemeinsame Ausstellung über die damaligen Vorgänge zu erarbeiten.

Nordschleswiger, 25.1.1994

In der Sonntagsbeilage des Berliner „Tagesspiegel“ (20.2.1994) nahm „Hans von Altona“ die Flensburger Löwen-Ausstellung zum Anlaß für eine Glosse, die zeigen mag, wie sich der lokale Zwist um die Rückkehr eines mehr als 130 Jahre alten Denkmals aus der Distanz darstellt.

Gut gebrüllt, Löwe!

Der Streit um die Rückkehr des Idstedter Löwen nach Flensburg

Es ist immer schön, wenn Menschen sich verstehen. Das deutsch-dänische Verhältnis zum Beispiel, das mit der Okkupation Dänemarks durch die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg gelitten hatte, gilt heute als vorbildlich. In einem besonderen Vertrag, der sogenannten Bonn-Kopenhagener Erklärung hat man sogar die Rechte der jeweiligen Minderheiten garantiert. Deutsche leben seitdem in Dänemark als respektierte dänische Staatsbürger, mit der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein verhält es sich nicht anders. Aber trotz aller Beteuerungen, daß es sich hier um einen Modellfall im Umgang von Minderheiten miteinander handele, scheint es unter der angeblich so harmonischen Oberfläche zur Zeit mächtig zu gären.

Nein, auf keinen Fall, hören wir laut und kräftig die CDU-Fraktion im Stadtparlament von Flensburg schmettern, das komme gar nicht in Frage. Warum denn eigentlich nicht, erhebt sich die etwas zittrige Stimme der SPD aus dem Tumult. Her damit, donnert es dagegen geradezu aus den Reihen des SSW, des Südschleswigschen Wählerverbandes, der Partei der dänischen Minderheit in Flensburg.

Es geht um einen Löwen und es geht um Ereignisse, die mehr als 130 Jahre zurückliegen. Der Löwe ist ein Denkmal und aus Bronze, geschaffen von dem berühmten dänischen Bildhauer H. W. Bissen, aufgestellt auf dem Alten Friedhof zu Flensburg am 25. Juli 1862, zwei Jahre später von den siegreichen Preußen nach Berlin, 1945 nach Kopenhagen transportiert – da steht er jetzt im Hinterhof des Zeughauses auf seinem provisorischen Sockel, das Haupt immer noch in Richtung Süden gereckt, majestätisch, metallisch, ewig.

Der Originallöwe wurde 1878 bei der Kadettenanstalt Lichterfelde aufgestellt. Eine Kopie aus Zink hatte schon 1869 der Berliner Kaufmann Wilhelm Conrad gießen lassen und in der Villenkolonie Alsen aufgestellt, die sinnigerweise nach der dänischen Insel benannt worden war, auf der die Dänen 1864 bei Düppel die kriegsentscheidende Niederlage bezogen hatten. Conrad betrieb mit dem Löwen auf seine Art Nachbarschaftsverehrung, denn sein Schwager hatte als Artilleriegeneral ebenso wie Prinz Friedrich Carl, der auf preußischer Seite die Armee führte, am Krieg teilgenommen, und beide waren Nachbarn von Conrad. 1938, nach der Parzellierung der Kolonie, wurde der Löwe nach Heckeshorn umgesetzt, wo er heute noch über den Wannsee blickt – nach Norden, Richtung Dänemark.

Wenn man den Streit auf seinen Kern reduziert, dann geht es vor allem um die Himmelsrichtung. Süden, das ist verwerflich, Westen, Osten wären in Ordnung gewesen, Norden, ja hätte er nur nach Norden geblickt! Aber so mußte das Unheil

seinen Lauf nehmen.

Denn der Löwe, der an die Schlacht von Idstedt erinnern soll, bei der am 25. Juli 1850 aufständische Schleswig-Holsteiner in einer Bataille von den dänischen Truppen geschlagen wurden und damit erst einmal alle Träume von unabhängigen Herzogtümern zerschlagen waren, wurde von dänischen Nationalliberalen um Orla Lehmann auf dem Friedhof von Flensburg aufgestellt. Zum Gedenken an die dänischen Gefallenen der Schlacht, aber auch als Siegesmal, als Wacht an der Förde und zur Warnung künftiger Gegner. Bei Idstedt triumphierte zum letzten Mal das dänische Königreich in einer kriegerischen Auseinandersetzung über einen Feind, schon vierzehn Jahre später war es aus mit der dänischen Herrlichkeit.

Einen Feind? Schleswig-Holstein gehörte seit Jahrhunderten zum dänischen Gesamtstaat, der dänische König war zeitweise auch Herzog der Herzogtümer. Was sich in den Jahren 1848 bis 1850 abspielte, war ein Bürgerkrieg - so sehen es jedenfalls dänische Historiker. Von deutscher Seite wird gerne behauptet, ein unterdrücktes (deutsches) Land hätte sich von seinem Tyrannen befreit. Was hat das alles mit dem Löwen zu tun? Der Löwe soll zurück nach Flensburg, so will es der Verein „Holt den Flensburger Löwen zurück“ schon seit einigen Jahren, und so will es jetzt auch Ulrich Schulte-Wülwer, Direktor des Städtischen Museums in Flensburg.

In seinem Museum wird zur Zeit eine Ausstellung über die Geschichte des Löwen gezeigt, und wie schön so ein Löwe sein kann, zeigt eine originalgetreue Gipskopie im Foyer. Da hockt er nun, vier Meter hoch, und wirkt doch nicht recht glücklich. Flensburgs Stadtpräsident Peter Rautenberg (SPD) sprach sich bei der Eröffnung der Ausstellung für eine Rückkehr des Löwen aus. Er könne doch vielleicht vor dem Museum aufgestellt werden, das in Sichtweite des Friedhofes liegt, auf dem der Löwe einst gen Süden blickte. Der Präsident des dänischen Folketing in Kopenhagen hat auch schon grünes Licht signalisiert, und die dänische Königin hätte auch nichts dagegen, aber – da gibt es ja auch noch den Geschäftsführer des Schleswig- Holsteinischen Heimatbundes SHHB, Hans-Joachim von Leesen, einen Mann, der kategorisch nein zu sagen versteht. Männer wie er können nicht vergessen. 1990 hatte der damalige Chefredakteur der Zeitung der dänischen Minderheit in Deutschland, „Flensburg Avis“, gesagt, der Löwe würde die dänische Identität im Grenzland festigen. Trojanisches Pferd, pardon, trojanischer Löwe, nein danke, ruft der SHHB seitdem, und die CDU-Fraktion im Stadtrat sekundiert, daß es da doch schließlich einen Stadtratsbeschuß gebe, nach dem für Kriegerdenkmäler in Flensburg kein Platz sei. Da mögen die Kultusministerin von Schleswig-Holstein (SPD) und die dänische Kulturministerin bei der Eröffnung noch so viele Gemeinsamkeiten feststellen und Symposien ankündigen, die Damen und Herren von der CDU werden wohl hart bleiben. Was ist der Löwe denn nun wirklich, ein

Kriegerdenkmal, ein Siegerdenkmal mit eingebautem Revanchismus, ein ganz gewöhnliches Denkmal, ein Mahnmal oder nur ein gewaltiger Haufen Bronze, der langsam, aber sicher fern der Heimat verrottet?

Die Kunsthistoriker sind sich jedenfalls in einem einig: Künstlerisch wirklich bedeutend ist Bissens Löwe nicht, eher ein bißchen zu groß, zu tolpatschig geraten, ein monumentales Monument, das alle vernünftigen Dimensionen sprengt. Ja das ist es doch gerade, ruft da schon wieder die CDU dazwischen, gerade die Größe sei doch der letzte Beweis für die gewalttätige Gesinnung des Löwen.

Vielleicht sollte man in Flensburg die Sache einmal aus der Perspektive eines Wilhelm Busch sehen. Der Humorist und Zeitgenosse bei der Denkmalsenthüllung hatte aus dem Löwen einfach einen Frosch gemacht. Und wen kratzt es denn, wenn ein Frosch herrisch nach Süden blickt. Laßt ihn doch quaken, wird man sagen, er ist zwar nicht schön, aber irgendwie gehört er doch zu uns. Und womöglich kommt irgendwann eine Prinzessin und erweckt den Frosch-Löwen mit einem Kuß zu neuem Leben, und sie leben friedlich zusammen bis an ihr Lebensende.

Es muß ja nicht unbedingt eine dänische Prinzessin sein.

Der Tagesspiegel, 20.2.1994

„Historische Wende“

Dänische Minderheit wird „gleichgestellt“

KREIS SCHLESWIG-FLENSBURG(kg). Als „historische Wende“ in den Beziehungen der deutschen und dänischen Volksgruppen und als „endgültige Befriedung“ im deutsch-dänischen Grenzgebiet wurden die Richtlinien zur Förderung der dänischen Volksgruppe im Kreis Schleswig-Flensburg gelobt. Die Mitgliederversammlung des Gemeindetages Schleswig-Flensburg war zuvor der Empfehlung des Hauptausschusses gefolgt und hatte das Regelwerk mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Damit habe man sich eine schmerzhaft, weil teure Verpflichtung auferlegt, aber man behalte das Heft des Handelns in der Hand. Andernfalls wäre über kurz oder lang der Gesetzgeber gefordert gewesen, den Bestimmungen der Verfassung Rechnung zu tragen, und dann wäre „über die Köpfe der Kommunen hinweg entschieden“ worden. Diese positive Einschätzung der Richtlinien teilten der Landesgeschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages, Dr. Hartmut Bordiert, die Mitglieder des Gemeindegtag-Kreisverbandes, der Landrat und auch der Vorsitzende der SSW-Kreistagsfraktion Andreas Lorenzen.

Der SSW-Vertreter warb dafür, nicht nur das vorliegende Papier zu verabschieden, sondern auch die Gespräche zwischen den Volksgruppen weiterzuführen, um auf diese Weise die Zusammenarbeit noch weiter zu vertiefen. Im Grunde waren es zwei Beschlüsse, die zu diesem Thema gefaßt wurden. Zuerst wurden die Förderrichtlinien genehmigt, und dann wurde auch noch eine Resolution an die Adresse der Landesregierung verabschiedet. Darin wird eine gleichmäßige Verteilung der Lasten auf alle Gemeinden des Landes durch Vorwegabzug beim Kommunalen Finanzausgleich gefordert. Die Förderrichtlinien stellen auf Landesebene ein Novum dar und werden auf die Nachbarkreise Nordfriesland, Rendsburg-Eckernförde und die Stadt Flensburg Auswirkungen haben. Sie stellen die Einrichtungen der dänischen Minderheit den deutschen Einrichtungen gleich. Dies gilt für Kindergärten und Gesundheitsdienst ebenso wie für Bibliotheken, den dänischen Jugendverband (SdU) und den Südschleswigschen Verein (SSF). Bei den Schülerbeförderungskosten wird angestrebt, den Landesanteil auf 2/3 der Kosten anzuheben, weil die Beförderungskosten weit über dem Landesdurchschnitt liegen. Das letzte Drittel sollte dann der Kreis tragen. Für dieses Jahr werden die Gemeinden noch den künftigen Kreisanteil – ein Drittel der durchschnittlichen Schülerbeförderungskosten – tragen.

Aus den Reihen der Bürgermeister wurde beklagt, daß die Gemeinden bei einem Zuschuß von 400 DM/Kind schnell an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit stoßen würden. Hier sei eindeutig die Landesregierung gefordert; denn Minderheitenförderung sei Landessache. Der Vorsitzende des Gemeindetag-Kreisverbandes, Hans-Georg Andresen, gab der SPD-Landtagsabgeordneten Schlosser-Keichel die Klage darüber mit auf den Weg und fügte hinzu, daß sich die Kreisverbände Schleswig-Flensburg und Nordfriesland des Gemeindetages seit langem vergeblich um ein Gespräch mit der Ministerpräsidentin oder dem Finanzminister bemüht hätten.

Flensburger Tageblatt, 11.12.1993

Minister schließt Nazi-Verbot aus

Heftiger Streit in Dänemark über rechtsradikale Deutsche

KOPENHAGEN (pv). Dänemarks Justizminister Erling Olsen hat gestern eine Überprüfung angekündigt, nachdem deutsche Neonazis eine „schwarze Liste“ mit den Namen und Adressen ihrer Gegner in ganz Deutschland mit einem dänischen Postfach als Absender verschickten. Nach Angaben des Ministers soll die Polizei in Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden untersuchen, ob dänische

Gesetze übertreten worden sind.

Der Minister verwies in diesem Zusammenhang auf die Gesetzgebung, wonach es strafbar ist, öffentlich Verbrechen zu fördern oder auf andere Art und Weise bei Personen Furcht um das eigene oder anderer Leben, Gesundheit und Wohlbefinden hervorzurufen oder strafbare Handlungen anzudrohen. Selbst die Beihilfe zu solchen Drohungen ist in Dänemark strafbar. Zuvor hatte Minister Olsen darauf verwiesen, daß ein Eingreifen von seiner Seite nicht sicher sei. „Wir müssen aufpassen, daß wir uns nicht dazu provozieren lassen, uns in etwas zu verwickeln, das einem autoritären Staat gleicht“, hatte der Minister erklärt und hinzugefügt, daß staatliche Eingriffe von den Neonazis geradezu dankbar aufgenommen würden.

Ein Verbot nazistischer Organisationen lehnte der Minister ab. In Dänemark sollte statt dessen auf Aufklärung gesetzt werden.

Dagegen forderte der rechtspolitische Sprecher der Konservativen Volkspartei Dänemarks, Helge Adam Møller, einen sofortigen Eingriff gegen das Verschicken nazistischer Propaganda von Dänemark aus. Nach seiner Auffassung muß das Post- und Briefgeheimnis umgehend aufgehoben werden, wenn es klare, öffentliche Aufforderungen zur Begehung von Straftaten gebe.

Wie berichtet, haben unbekannte deutsche Neonazis eine 44seitige Broschüre mit dem Titel „Der Einblick“ herausgegeben. Darin sind die Namen und Adressen von rund 400 Personen, Gruppen und Organisationen in ganz Deutschland aufgelistet, die nach Ansicht der Verfasser bekämpft werden müssen. Das Blatt gibt als Absender das Postfach 1 in der dänischen Stadt Randers an. Dieses Postfach gehört der Nationalsozialistischen Bewegung Dänemarks.

Flensburger Tageblatt, 4.12.1993

Bull bittet Dänen um Hilfe gegen Rechts

Kurzbesuch bei der Minderheit

FLensburg (pop). Innenminister Hans-Peter Bull (SPD) hat die dänische Minderheit um Unterstützung im Kampf gegen rechtsradikale deutsche Aktivisten nördlich der Grenze gebeten. Bei einem Kurzbesuch im dänischen Generalsekretariat in der Flensburger Altstadt sprach Bull mit Gert Wiencke, Generalsekretär des Südschleswigschen Vereins (SSF), und dessen Vorsitzenden Heinrich Schultz.

Hintergrund der Bull-Bitte ist die Versendung rechtsradikaler Schriften aus Dänemark nach Deutschland, wie jüngst das Pamphlet „Einblick“, in dem sogar eine Liste mit Namen potentieller Opfer rechtsradikaler Anschläge veröffentlicht

wurde. Der Innenminister sprach in diesem Zusammenhang von der „Schattenseite“ der grundsätzlich sympathischen dänischen Liberalität.

Flensburger Tageblatt, 24.12.1993

Henrik Fangel gestorben

APENRADE. Der Leiter des „Institut for Sønderjydsk Lokalhistorie“ und eifriger Verfasser zahlreicher lokalhistorischer Schriften, Henrik Fangel, ist nach kurzer Krankheit im Alter von 49 Jahren gestorben.

Henrik Fangel wurde in Hadersleben geboren und machte hier als altsprachlicher Student sein Abitur. In Aarhus studierte er Latein und Geschichte und kam schließlich als vand. mag. in diesen Fächern an die Apenrader Staatsschule. Im Jahre 1985 besetzte er eine vom Amt errichtete Stellung als lokalgeschichtlicher Berater. Henrik Fangel ist vor allem durch seine Artikel in „Sønderjydsk Månedsskrift“ bekannt, dessen Redakteur er ebenfalls war. Henrik Fangel, ehemaliger Sekretär von „Historisk Samfund“ und bei seinem Tod immer noch Mitglied des Vorstandes, schrieb mit den ersten Band zur Stadtgeschichte Haderslebens, hatte eine Reihe von Jubiläumsschriften verfaßt und arbeitete gerade an einer Jubiläumsschrift für die Metallarbeitergewerkschaft, als er plötzlich erkrankte.

Nordschleswiger, 1.2.1994

In Kopenhagen Votum für Lorenz Rerup

KOPENHAGEN/FLENSBURG (pv). Das Tauziehen um die Besetzung des freien Postens des dänischen Generalkonsuls in Flensburg hat ein Ende gefunden. Dänemarks Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen und Außenminister Petersen haben sich gestern offiziell darauf geeinigt, den gebürtigen Flensburger Professor Lorenz Rerup aufzufordern, sich um die Stellung zu bewerben. Dessen Ernennung kann somit als sicher gelten. Der 65jährige Lorenz Rerup – die offizielle Aufforderung zur Bewerbung erfolgte nach Rücksprache mit ihm – ist Professor für moderne Geschichte in Roskilde und gilt als Südschleswig-Experte. Zu Fragen des Grenzlandes hat er zahlreiche deutsch- und dänischsprachige Publikationen veröffentlicht.

Rerup wurde am 15. April 1928 geboren. Als 16jähriger wurde er noch wenige Monate vor Ende des Zweiten Weltkriegs Soldat der Wehrmacht. Danach ging er wieder zur Schule, wandte sich dann dem Dänentum zu. Er verließ das

Gymnasium, machte 1950 das Abitur in Odense, studierte in Kopenhagen. 1963 wurde er Leiter der neuen Studienabteilung der dänischen Zentralbücherei in Flensburg. Anfang der 80er Jahre arbeitete er mit an den „Empfehlungen zur Behandlung der deutschen bzw. dänischen Geschichte im Geschichtsunterricht.“ Für seine Arbeit insbesondere über die Geschichte des Grenzlands und das Bemühen um gegenseitiges Verständnis wurde er 1990 mit dem Kulturpreis der Stadt Flensburg ausgezeichnet. Wann der mit einer Finnin verheiratete Lorenz Rerup seine neue Tätigkeit in Flensburg aufnehmen wird, ist noch offen.

Nach dem Eintritt in den Ruhestand des bisherigen Generalkonsuls, Jørgen Peder Hansen, hatte es in der dänischen Regierung Unstimmigkeiten um die Nachfolge gegeben. Staatsminister Rasmussen hatte altgediente sozialdemokratische Politiker ins Auge gefaßt. Außenminister Petersen hatte dagegen eine Person mit Verbindungen zum diplomatischen Dienst empfohlen.

Flensburger Tageblatt, 4.2.1994

Ehemaliger Generalkonsul Jørgen P. Hansen gestorben

(N) KOPENHAGEN. Nur wenige Wochen nach seiner Pensionierung als dänischer Generalkonsul in Flensburg ist der ehemalige Minister Jørgen Peder Hansen im Alter von 70 Jahren gestorben. Er war mehrere Legislaturperioden hindurch sozialdemokratischer Kirchen- und Grönlandminister. 1975 hatte Jørgen Peder Hansen die sogenannte Hjemmestyrekommission gegründet, die zu Grönlands Selbstverwaltung führte.

Nach seiner Ministerlaufbahn wurde er 1981 zum dänischen Generalkonsul in Flensburg ernannt und versah dieses Amt bis Ende 1993.

Jørgen Peder Hansen hatte 1942 das Realexamen abgelegt und war von Beruf Zollkontrolleur. Daneben pflegte er seine Hobbies. Er zeichnete und malte gern und schrieb Gedichte. Gemälde von ihm wurden sowohl in Svendborg als auch in Kopenhagen ausgestellt.

Das große Interesse des Abgeordneten aus Svendborg galt der Politik. Sein erstes Amt im Kabinett übernahm er am 13. Februar 1975 als Grönland- und Kirchenminister. Ab August 1978 war er ausschließlich Grönlandminister, das vom 26. Oktober 1979 wieder seine Domäne wurde.

Als Kulturminister Niels Matthiasen Anfang 1980 plötzlich starb, übernahm Jørgen Peder Hansen bis zur Ernennung der Nachfolgerin Lise Østergaard vorübergehend auch dieses Ressort.

Außenpolitische Themen interessierten ihn besonders. Von 1965 bis 1972 war er Mitglied des Europarates, von 1971 bis 1973 Vorsitzender des Außenpolitischen Rates, von 1973 bis 1974 Vorsitzender des Folketing-Marktausschusses und von

1971 bis 1975 Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses.

Der Posten als Generalkonsul in Flensburg beendete Hansens Karriere. Es ist der einzige leitende Diplomatenposten, der nicht direkt dem Außenministerium untersteht. Jørgen Peder Hansens Nachfolger in Flensburg wurde kürzlich Professor Lorenz Rerup, der selbst aus dem Grenzland stammt.

Der verstorbene Politiker war seit längerer Zeit von einer schweren Krankheit gezeichnet und hat die peinlichen Streitigkeiten über seine Nachfolge in Flensburg wohl nicht mehr wahrgenommen. Jørgen Peder Hansen war im Grenzland als humorvoller „Fynbo“ besonders geschätzt. Für die dänische Minderheit war er als Generalkonsul ein guter Vertreter ihrer Anliegen in Kopenhagen, obwohl sein Herz eigentlich für eine ganz andere Volksgruppe schlug – nämlich für die Grönländer, wo die Nachricht von seinem Tode große Trauer auslösen wird. Die deutsche Volksgruppe konnte sich in grenzüberschreitenden Fragen auf die Fairneß und grenzlandpolitische Ausgewogenheit von Jørgen Peder Hansen stets verlassen.

Nordschleswiger, 17.2.1994

Kugeln haben keinen Rand

Wie die Wirtschaft für die deutsch-dänische Grenzregion wirbt

FLENSBURG. Interreg ist ein Programm der Europäischen Union für benachteiligte Grenzregionen. Rund 700 Millionen ECU, fast 1,4 Milliarden Mark, hat die EU in den vergangenen vier Jahren in die Initiative fließen lassen. 50 000 Mark davon finanzierten zur Hälfte eine Imagebroschüre, mit der die Wirtschaft im deutsch-dänischen Grenzgebiet jetzt auf den immer härter werdenden Konkurrenzkampf der Regionen Europas reagiert. Der Flensburger Werbefachmann Rainer Prüß, der das Heft zusammen mit der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Flensburg und deren dänischem Pendant „Sønderjyllands Erhvervsraad“ in Apenrade entwickelte, zeigt denn auch alles andere als eine benachteiligte Grenzregion. So ist die Weltkugel eine Metapher, mit der Prüß das „Wikingerland“ zwischen Haithabu und Ribe anpreist und gleichzeitig fordert, damit aufzuhören, ständig die benachteiligte Lage zu beklagen. „Auf einer Kugel gibt es keine Randlage“, sagte Prüß gestern bei der Präsentation in Flensburg. Schließlich habe Japan nicht einmal Gleisanschluß.

Die zwölf Seiten starke A4-Broschüre zeigt nicht in erster Linie führende Unternehmen im Landesteil Schleswig und im Amtsbezirk Sønderjylland, wengleich auch eine Auswahl bedeutender Firmen der Region in dem Heft ihren Niederschlag findet. Vielmehr zeigt die Broschüre das „schönste Rasenstück Europas“ und macht kurze Ausflüge in Geschichte, Kunst und die Landschaft

zwischen Nord- und Ostsee. Die Standortfaktoren der Wirtschaft werden zunehmend von Kultur- und Freizeitmöglichkeiten der Umgebung mitbestimmt. IHK-Hauptgeschäftsführer Uwe Otzen verwies gestern auf die vorteilhaften Standortbedingungen, die die Broschüre an Politik, Medien, ansiedlungsinteressierte Unternehmen, aber auch Bevölkerung und Urlauber vermitteln will: Zum Beispiel eine intakte Umwelt, gute Verkehrsverbindungen nach Skandinavien und Zentraleuropa, Zweisprachigkeit und nicht zuletzt günstige Gewerbeflächen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf allen Ebenen sei eine wesentliche Entwicklungschance für die Grenzregion. Wobei zumindest in puncto Unternehmensansiedlungen die Grenze von Norden nach Süden offenbar schneller überwunden wird: Rund 300 dänische Betriebe sind im Landesteil Schleswig angesiedelt, so Otzen, eine Zahl, die in umgekehrter Richtung nicht annähernd erreicht werde.

Je 25.000 ECU haben sich IHK und Ervervsraad die Hochglanz-Imagepflege kosten lassen, für Sønderjyllands Amtsbürgermeister Kresten Philipsen das erste sichtbare Ergebnis der Interreg-Initiative. In der Kooperation, etwa bei der Ausbildung in Unternehmen, sei die Region in Europa bereits heute führend. Zum Wikingerland gehört auch eine ordentliche Portion Selbstbewußtsein.

Carlo Jolly in: Flensburger Tageblatt, 17.2.1994

Jørn Buch wirft das Handtuch

Aber erneute Kandidatur, „wenn mich einige auffordern“ / Hans Paaschburg neuer Vorsitzender

(RB)/(N) NYBORG). Der Vorsitzende des „Grænseforeningen“, Jørn Buch, Hadersleben, hat seinen Posten niedergelegt. Nach einer vierstündigen Hauptvorstandssitzung in Nyborg erklärte Buch am Sonnabend seinen Rücktritt, nachdem etwa 20 der 40 Hauptvorstandsmitglieder Buchs Verhalten kritisiert hatten: Der Vorsitzende des rund 45.000 Mitglieder zählenden nationalen dänischen Vereins hatte Ende Dezember geäußert, er habe bei der Amtratswahl im November 1993 die Schleswigsche Partei (SP) gewählt. Zwölf der 27 Kreisvorsitzenden des dänischen Grenzvereins hatten sich in den vergangenen Wochen für einen Rücktritt Buchs ausgesprochen und sein Verhalten mißbilligt. Aufgabe des Grenzvereins sei es schließlich, für das Dänentum im Grenzland zu arbeiten, insbesondere für die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig. Rund die Hälfte der Hauptvorstandsmitglieder sprach sich für ein Verbleiben Buchs im Vorsitz bis zur ordentlichen Delegiertenversammlung im Herbst aus und folgte damit der ursprünglichen Vereinbarung, die es nach dem Wirbel um Buch

im Januar gegeben hatte.

„Es gab aber auch starke Kritiker, die schon jetzt meinen Rücktritt verlangten“, erklärte Buch nach der Hauptvorstandssitzung zur Begründung seines Rücktritts schon jetzt. Mit der Erklärung, die SP, Partei der deutschen Volksgruppe, gewählt zu haben, habe er eine Dummheit begangen. „Das hätte ich nicht tun sollen.“

Schon im Januar habe er an einen Rücktritt gedacht, sagte Buch. Er habe diese Idee fallengelassen, nachdem der Geschäftsausschuß zugestimmt hatte, bis zur Delegiertenversammlung im Herbst zu warten. Sein jetziger Rücktritt sei erfolgt, weil eine Reihe Geschäftsausschußmitglieder ihn schon jetzt gefordert habe.

Trotzdem will Buch vielleicht erneut für den Vorsitz kandidieren: „Wenn mich einige auffordern, dann bin ich wieder Kandidat.“ Bis auf weiteres führt der bisherige stellv. Vorsitzende Hans Paaschburg, Rungstedt, zusammen mit dem zweiten Stellvertreter, Folketingsabgeordneten Filt Jensen, Stenderup (bei Sonderburg), den Vorsitz.

Nordschleswiger, 28.2.1994